

STAND PUNKT

Christlich-politische
Monatszeitschrift

September 2017

Abstimmungsvorlagen vom 24. September

LETZTE RUHE

ÜBER BESTATTUNGSRITEN UND
FRIEDHÖFE WIRD IMMER LAUTER
DISKUTIERT

SEITE 7

«MIT ECHTER LIEBE»

EIN FACHMANN ZUR GEFAHR VON
DROGEN UND ZU GANZHEITLICHER
PRÄVENTION

SEITEN 8-10

KANTON ZÜRICH

- BIRGIT KELLE ÜBER «GENDER»
- KURT BEUTLER ÜBER «SCHARIA
IN DER SCHWEIZ»

KANTONALER INNENTEIL

Ja zum Verhüllungsverbot

Eidgenössische Volksinitiative

Im Bundesblatt veröffentlicht am: 15.3.2016

⇒ **letzter Aufruf!!!** ⇐

Noch fehlen einige Tausend Unterschriften.
Darum:
 - Seite abtrennen und sofort unterschreiben
 - in Kuvert einsenden an:
Initiativkomitee «Ja zum Verhüllungsverbot»
Postfach 54, 8416 Flaach
Danke für Ihre Unterstützung! EDU Schweiz

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit gestützt auf Art. 34, 136, 139 und 194 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff., folgendes Begehren:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 10a Verbot der Verhüllung des eigenen Gesichts

- Niemand darf sein Gesicht im öffentlichen Raum und an Orten verhüllen, die öffentlich zugänglich sind oder an denen grundsätzlich von jedermann beanspruchbare Dienstleistungen angeboten werden; das Verbot gilt nicht für Sakralstätten.
- Niemand darf eine Person zwingen, ihr Gesicht aufgrund ihres Geschlechts zu verhüllen.
- Das Gesetz sieht Ausnahmen vor. Diese umfassen ausschliesslich Gründe der Gesundheit, der Sicherheit, der klimatischen Bedingungen und des einheimischen Brauchtums.

Art. 197 Ziff. 12

12. Übergangsbestimmung zu Art. 10a (Verbot der Verhüllung des eigenen Gesichts)

Die Ausführungsgesetzgebung zu Artikel 10a ist innert zweier Jahre nach dessen Annahme durch Volk und Stände zu erarbeiten.

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit der noch stimmberechtigten Mitglieder zurückzuziehen:

Co-Präsidium Komitee «Ja zum Verhüllungsverbot»

Patrick Freudiger, Grossrat, Waldhofstrasse 58A, 4900 Langenthal BE; **Roland Haldimann**, Schönenwerderstrasse 82B, 5036 Oberentfelden AG; **Ulrich Schlüer**, alt Nationalrat, Postfach 54, 8416 Flaach ZH; **Walter Wobmann**, Nationalrat, Sagigass 9, 5014 Gretzenbach SO; **Daniel Zingg**, Dorfstrasse 11, 3366 Bollodigen BE.

Weitere Mitglieder Komitee «Ja zum Verhüllungsverbot»

Jean-Luc Addor, Nationalrat, chemin du Grand Roé 21, 1965 Savièse VS; **Robert Bartuma**, Schachenstrasse 70, 8645 Jona SG; **Iris Canonica**, via cantonale, 6958 Bidogno (Capriasca) TI; **Raymond Clottu**, Nationalrat, Le Bois de l'Halle 3, 2406 La Brévine NE; **Olga Cippà**, al Strecin 7, 6574 Vira (Gambarogno) TI; **Oskar Freysinger**, Staatsrat, chemin de Crettamalernaz 5, 1965 Savièse VS; **Thomas Fuchs**, Grossrat, Niederbottigenweg 101, 3018 Bern; **Andrea Geissbühler**, Nationalrätin, Oberer Galgen 26, 3323 Bärswil BE; **Giorgio Ghiringhelli**, Postfach 911, 6616 Losone TI; **Andreas Glarner**, Nationalrat, Eggächerstrasse 9, 8966 Oberwil-Lieli AG; **Ronald Hämmerli**, am Bach 7, 8865 Bilten GL; **Hermann Lei**, Kantonsrat, Mühletobelstrasse 59A, 8500 Frauenfeld TG; **Anian Liebrand**, Luzernerstrasse 142, 6014 Luzern; **Marina Masoni**, via Frasca 10, 6900 Lugano TI; **Hans Moser**, Hostetgasse 9, 9470 Buchs SG; **Yves Nidegger**, Nationalrat, Délices 2, 1203 Genf; **Julia Onken**, Bilchenstrasse 12, 8580 Amriswil TG; **Adrian Pulver**, Morillonstrasse 13, 3007 Bern; **Lorenzo Quadri**, Nationalrat, via S. Gottardo 20A, 6900 Lugano TI; **Lukas Reimann**, Nationalrat, Ulrich-Röschstrasse 13, 9500 Wil SG; **Judith Uebersax**, Lindenstrasse 90, 8738 Uetliburg SG; **Claude-Alain Voiblet**, Grossrat, avenue de la Vallombreuse 50, 1004 Lausanne VD.

Auf dieser Liste können nur **Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt** sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen.

Postleitzahl: _____		Politische Gemeinde: _____			Kanton: _____		
Nr.	Name, Vornamen (Blockschrift) eigenhändig, handschriftlich und leserlich schreiben	Geburtsdatum			Wohnadresse Strasse, Hausnummer	Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle Leer lassen
		Tag	Monat	Jahr			
1							
2							
3							

Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Die untenstehende Stimmrechtsbescheinigung wird durch das Initiativkomitee eingeholt.

Ablauf der Sammelfrist: 15.9.2017

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende _____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Amtsstempel

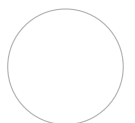
Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson:

Ort: _____

Datum: _____

Amtliche
Eigenschaft:

Eigenhändige
Unterschrift:



Bitte sofort vollständig oder teilweise ausgefüllt einsenden an:
Initiativkomitee «Ja zum Verhüllungsverbot», Postfach 54, 8416 Flaach
Mehr Informationen oder Bestellung beziehungsweise Herunterladen von Bogen:
www.verhuellungsverbot.ch
E-Mail: info@verhuellungsverbot.ch – Tel. 052 301 31 00 – Fax 052 301 31 03



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER

Ich freue mich über die 1. August-Ansprache von Bundespräsidentin Doris Leuthard. Sie präsentierte das Motto «Zukunft gestalten – unsere Werte erhalten». Dieses basiert auf einem früheren Wahlslogan der EDU. Wir verdankten die präsidiale Wahrnehmung unseres Schaffens und wünschten der Magistratin Weisheit und Segen in ihrem Amt. Der vorliegende «Standpunkt» orientiert über aktuelle Vorgänge in Politik, Kirche und Gesellschaft. Wir reiben uns oft verwundert die Augen darüber, wie Werte neu definiert, wie Täter zu Opfern werden, Unrecht zunehmend zu Recht wird. «Die Welt ist aus den Fugen, Maloney», stellt der Polizist im gleichnamigen Hörspiel von SRF fest. Entscheidend ist, wie unsere Reaktion ausfällt. Sie kann von Resignation und Rückzug bis zum bewussten Engagement reichen. Im Wissen um starken Gegenwind, aber auch um den Auftrag zu wirken, «solange es Tag ist». Die Frage ist: Schau ich auf die Wellen wie Petrus oder auf Jesus Christus, den Anfänger und Vollender? «Im Trubel der Menschen bewahre mein Herz», bat der weise König David. Diese Aussage spricht mitten ins Leben hinein. Sie ermutigt, trotz negativen Strömungen immer wieder den Weg zur Quelle einzuschlagen. •

Thomas Feuz, Redaktionsleiter



Briefwechsel



Hoi Michel

Säli Rösli

Du sprachst mich auf die Ferien an. Viele meiner Kollegen im Pflegeheim wollen mit ihrer Familie weg. So plane ich meine Ferien ausserhalb der Schulferien, kürzlich eine Wanderwoche im Berner Oberland.

In der Kindheit machten wir uns zu Hause nützlich (Heuen und Obsten), spielten viel, ab und zu gab's einen Ausflug. Ferien bei Verwandten brachten Abwechslung. Ich war mächtig stolz, als ich während meines Welschlandjahres ans Meer mitfahren durfte. Übrigens: Meine Eltern machten erstmals mit über 70 gemeinsam Ferien...

Sommereinsätze (Evangelisation/Mission) waren der Hit in der Jugendgruppe. So kam ich nach Sizilien. Und du nach Spanien! Manchmal waren Ferien dazu da, «alte Bekannte» zu besuchen. Toll sind organisierte Wochen in einem christlichen Haus. Man lernt interessante Leute kennen, genießt gutes Essen und Komfort, Andachten und Gottesdienste. Im November setze ich seit Jahren eine Ferienwoche für die EDU ein: Anlässe, Flyer verteilen etc.

In den Frühlingsferien war meine behinderte Schwester erstmals bei mir. Wir machten uns in der Küche bei der Musicalwoche nützlich (du erinnerst dich: gutes Miteinander von Jung und Alt).

Jetzt sind deine Ferien Erinnerung. Hattest du ein besonderes Erlebnis? Was essen Jugendliche heute besonders gern, nebst Dessert?

Liebe Grüsse von Rösli Fässler

Danke für Deine Mitteilung betreffend Ferien. Krass, wie wir heute schon sehr jung die halbe Welt bereisen können! Auf Deine Frage nach einem besonderen Erlebnis kommt mir eines in den Sinn: Auf der Hinreise an den Bielersee vergass ich mein Handy im Zug. Mein Kollege und ich hörten Musik und dösten vor uns hin, als plötzlich unser Bahnhof kam. Da hiess es schnell aussteigen... Ich bemerkte mein Malheur erst, als der Zug bereits wieder anfuhr. Wir gaben eine Verlustmeldung auf und schauten auf der App, wann der Zug eventuell wieder zurückkommt. Aber das half nichts. Meine Eltern nahmen auch noch mit den SBB Kontakt auf. Und dann galt es, zu hoffen, zu beten und zu warten. Die Freude war riesengross, als ich das Handy am Bahnhof abholen konnte.

Beim Zelten lebten wir vor allem von Brot, Fleisch und Getränken, vor allem von viiiel Fleisch (Salat und Gemüse gab's dann wieder zu Hause). Ehrlich: Wenn ich genug Fleisch habe, braucht es kein Dessert! Ein guter Döner oder ein saftiges Stück Fleisch übertrumpfen jede Nachspeise – auch wenn dafür noch Platz wäre. Wir mussten nie hungrig in die Schlafsäcke gehen. Und wenn der Hunger wieder erwachte, gingen wir auch mal ins Restaurant und gönnten uns eine Gute-Nacht-Pizza.

Darf ich Dich mal etwas zur Politik fragen? Was bedeutet Dir der 1. August? Und die Schweiz?

Gruss, Michel Feuz

Gutes System nicht «verschlimmbessern»!

JA zur Zusatzfinanzierung der AHV durch Erhöhung der Mehrwertsteuer

Die «Reform der Altersvorsorge 2020» besteht aus zwei miteinander verbundenen Vorlagen. Während die EDU die Zusatzfinanzierung der AHV bejaht, sagt sie Nein zum Bundesgesetz. Insbesondere kritisiert die EDU einzelne problematische Aspekte der Reform. Die Materie ist komplex.

a. Nationalrat Markus Wäfler



Die Abstimmungsvorlagen vom 24. September beinhalten den dritten Anlauf für die 11. AHV-Reform. Die erste Vorlage betrifft eine gestaffelte Erhöhung der Mehrwertsteuer um insgesamt 0,6 Prozent, was eine Änderung von BV-Art. 130 bedingt. Für diese Verfassungsänderung braucht es die Annahme durch Volk und Stände. Die zweite Vorlage ist das Bundesgesetz über die Reform der Altersvorsorge 2020, ein Paket von Änderungen in 12 Bundesgesetzen. Hier reicht das Volksmehr. Für die Inkraftsetzung der «Reform der Altersvorsorge 2020» ist die Annahme beider Vorlagen nötig.

Parlament: nur knappe Mehrheit

Im Parlament waren diese Gesetzesänderungen sehr umstritten. Über alle Parteien hinweg war unbestritten, dass unsere Altersvorsorge vor allem aufgrund der demographischen Entwicklung dringend reformiert werden muss und die aktuellen Rentenhöhen bei AHV und BVG-Pensionskassen erhalten bleiben sollen. Zerstritten war man über die Frage, wie diese Wünsche zu realisieren und zu finanzieren sind. Die Schluss-

abstimmung im Nationalrat fiel wenig überzeugend aus: 101:92 bei 4 Enthaltungen zur MwSt-Erhöhung und 100:93 bei 4 Enthaltungen zum Bundesgesetz.

Insgesamt gutes System

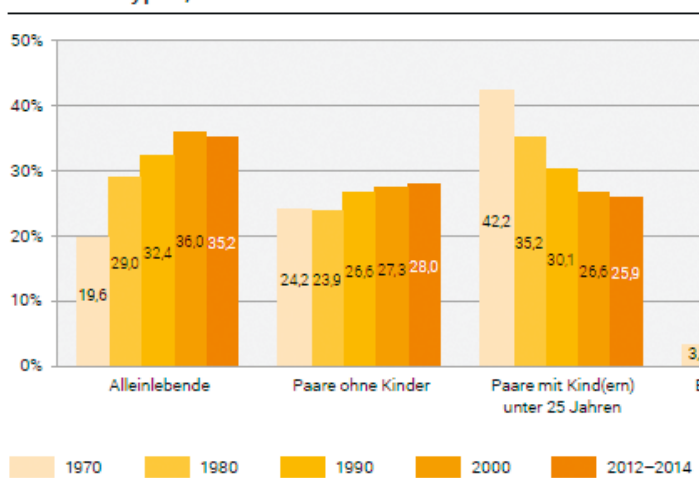
Die Schweiz hat ein intelligentes 3-Säulen-System. Die erste Säule ist die seit 1948 für alle Erwerbstätigen obligatorische AHV mit einer Umlagefinanzierung: Die Lohnabzugsbeiträge werden direkt zur Auszahlung der AHV-Renten an ehemals erwerbstätige und nicht erwerbstätige Personen verwendet. Die AHV erfüllt eine zentrale soziale Ausgleichsaufgabe, indem sie unabhängig von der früheren Lohnhöhe allen Personen eine AHV-Rente zwischen 1175 und 2350 Franken pro Monat auszahlt – also auch an 100-Prozent-Mütter.

Die zweite Säule ist das BVG, die Pensionskassen, obligatorisch seit 1985 für alle unselbstständig Erwerbstätigen mit Jahreseinkommen zwischen 21 150 und 84 600 Franken. Die Pensionskassen werden im sogenannten Kapitaldeckungsverfahren finanziert, indem die Beiträge von Arbeitgeber und -nehmer zur Äufnung des eigenen Alterskapitals von erwerbstätigen Personen verwendet werden, aus dem später die eigene Altersrente der Pensionskasse bezahlt wird, aber nur an ehemals Erwerbstätige. Wer mehr verdient, zahlt mehr Beiträge und bezieht später eine höhere Pensionskassenrente. Als dritte fakultative Säule werden die persönlichen Ersparnisse bezeichnet. Ergänzungsleistungen und Hilflosenentschädigungen bilden ergänzende Teile unseres Vorsorgesystems.

Massiv veränderte Rahmenbedingungen

In Westeuropa wird das gravierende Geburtendefizit seit Jahren durch Masseneinwanderung kompensiert. Ohne diese würde die Einwohnerzahl sinken. Unter anderem verschärfen die Abtreibungen das Problem. 2014 lebten knapp 30 Prozent der Paarhaushalte in der Schweiz ohne Kinder. Ihre AHV-Rente werden sie sich von den Kindern anderer bezahlen lassen. Das Umlageverfahren bei der AHV-Finanzierung bedingt einen Generationenvertrag, eine Generationen-Solidarität. Mit der heute weit verbreiteten

Haushaltstypen, 1970 bis 2012–2014



Quelle: BFS – Strukturerhebung (SE) 2012–2014 kumuliert, eidgenössische Volkszählung (VZ) 1970–2000

Geburtenrückgänge, höhere Lebenserwartung: Fast zwei Drittel der Bevölkerung leben allein oder als Paar ohne Kinder.

Philosophie «Hauptsache, es stimmt für mich» ist diese nur noch teilweise vorhanden. Bei der Einführung der AHV 1948 rechnete man mit 12 bis 14 Rentnerjahren, heute sind es 19 bis 22; für einen AHV-Rentner kamen 6 Erwerbstätige auf, heute sind es 3,4; die Geburtenrate betrug 19,2, heute noch 10,5 pro 1000 Einwohner; die Anzahl Kinder pro Frau im gebärfähigen Alter nahm von 2,54 auf 1,5 ab.

Massnahmen und Auswirkungen

Das Bundesgesetz über die Reform der Altersvorsorge 2020 beinhaltet unter anderem nachstehend aufgeführte Änderungen (Aufzählung nicht abschliessend). **Massnahme** => Wirkung bei vollständiger Umsetzung:

Referenz-Rentenalter 65 für Frauen + Männer => Minderausgaben bei AHV und BVG/PK; **Senkung des Umwandlungssatzes** BVG auf 6% => **Red. BVG/PK Renten** wegen längerer Bezugsdauer; BVG-Leistungsgarantie für > 45jährige => keine Rentenreduktion durch U'satz 6%, Mehrkosten für PK!; **Erhöhung der AHV-Lohnabzüge** + 0,3% ab 2021 => für AHV-Erhöhen + 70.- u. 155%, erhöht Lohn-NK; **Erhöhung AHV-Neurenten** um 70.-/Monat => Mehrausgaben bei der AHV; **Erhöhung AHV-Ehepaar-Neurenten** auf 155% => Mehrausgaben bei der AHV; **Reduktion Koordinationsabzug** bei BVG/PK => Erhöhung vers. Lohn + PK-Rente; **Erhöhung der BVG-Altersgutschriften** => Erhöhung vers. Lohn + PK-Rente; **flexible Pensionierung** AHV und BVG/PK Alter 62-70 => flexiblere Anpassung an pers. Bedürfnisse; **Anpassung der Sätze** für AHV-Kür-

zung/-Zuschläge => mildere Kürzung/Zuschläge bei AHV = Mehrkosten; **Teilrenten** zwischen 20-80% => flexiblere Anpassung an pers. Bedürfnisse; **über 58-jährige Arbeitslose** mit BVG/PK-Rente => bisher nur Kapitalbezug, neu Verbleib in PK.

Genauere Zahlen fehlen

Erstaunlicherweise fehlen in der Abstimmungsbotschaft Zahlenangaben und Vergleiche über die finanziellen Auswirkungen der Massnahmen fast vollständig. Nicht einmal die Auswirkungen auf den AHV-Fonds werden zahlenmässig dargestellt.

Wieso dieses Versteckspiel des Bundesrats? Sowohl in der Parlamentsdebatte wie seither in der Abstimmungsdiskussion in den Medien werden die finanziellen Auswirkungen sehr widersprüchlich dargelegt. Dies auch, weil die zugrunde gelegten Annahmen, etwa bezüglich Wirtschaftswachstum, Zuwanderung, Kapitalmarkt-Entwicklungen usw. teilweise wie ein Horoskop zu lesen sind. Tatsache ist, dass AHV und BVG/PK, die zum grössten Teil über Lohnprozente finanziert werden, stark von der Entwicklung der beitragspflichtigen Lohnsumme und von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig sind.

Möglicherweise braucht es eine rote Karte der Stimmbürger, um das Parlament zu einem realitäts- und problemlösungsorientierten Reformkompromiss zu zwingen. •

NEIN
zum Bundesgesetz über die Reform der Altersvorsorge 2020



Parolenfassung in Olten

PAROLE DER EDU: JA, NEIN

Die Delegiertenversammlung sagte am 12. August in Olten mit 51:19 Stimmen (3 Enthaltungen) Ja zum Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer (Pro-Referat: Christine Egerszegi, alt StR FDP AG, Präsidentin der Eidg. BVG-Kommission; Kontra: Henrique Schneider, Schweiz. Gewerbeverband sgv) und mit 46:18 (7) Nein zum Bundesgesetz vom 17.3.2017 über die Reform der Altersvorsorge 2020 (Referate: dito). Mit dem Ja zur Erhöhung der Mehrwertsteuer will die EDU zum Ausdruck bringen, dass es eine Sanierung der AHV braucht.



NEIN zum
Bundesbeschluss
über die Ernährungssicherheit

«Ernährungssicherheit»: Nein zu falscher Weichenstellung!

Am 24. September soll ein Gegenvorschlag zur Ernährungssicherheits-Initiative durchgewunken werden, der das ursprüngliche Hauptanliegen direkt torpediert.

Lisa Leisi



Die Initiative forderte unmissverständlich: «Der Bund stärkt die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln aus vielfältiger und nachhaltiger einheimischer Produktion.» Beim Gegenvorschlag soll der Bund die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zwar noch sicherstellen. Aber er setzt dabei auf eine auf den Markt ausgerichtete Land- und Ernährungswirtschaft und grenzüberschreitende Handelsbeziehungen, die zu einer global orientierten, nachhaltigen Land- und Ernährungswirtschaft beitragen sollen. Das ist eine deutliche Richtungsänderung.

«Bauernopfer» für Handelsverträge?

Bundesrat Johann Schneider-Ammann erklärte in einem Interview in der NZZ vom 8.7.2017 unter dem Titel «Bauern nicht unter Heimatschutz», die Abstimmung am 24. September sei ein Schritt Richtung offene Märkte. Das ist im Kern das Gegenteil des Hauptanliegens der ursprünglichen Initiative, die in Rekordzeit von drei Monaten von 148 000 Stimmberechtigten unterzeichnet wurde.

Der Bundesrat wollte das Original unbedingt verhindern, denn er steht unter Druck: Die WTO rügte die Schweiz wegen Importrestriktionen und Importzöllen im Agrarsektor, ebenso die USA. Die EU will eine Reduktion von Ausnahmeregelungen in Bezug auf das Cassis-de-Dijon-Prinzip; ebenso wendet sie sich gegen die neuen Swissness-Regelungen. Zudem hat die WTO bereits im Jahr 2015 Exportsubventionen verboten.

Für den besseren Weg – darum Nein

Gibt die Schweiz nach, gefährdet sie die heutige Versorgung mit hochwertigen regionalen Lebensmitteln. Sie erschwert massiv die Lebensgrundlagen der Landwirte und macht sich im Nahrungsmittelbereich abhängiger vom Ausland. Das kann sich in Krisenzeiten fatal auswirken.

Der bessere Weg: Die Schweiz setzt sich dafür ein, dass jedes Land eine individuelle, starke, eigenständige Versorgung mit Nahrungsmitteln fördern kann und nur bei Bedarf importiert wird. Nur so kann jedes Land auf die spezifischen eigenen Herausforderungen Rücksicht nehmen. In der Schweiz sind das unter anderem das Bauernsterben, Massenimporte billiger Lebensmittel und Preise für Landwirtschaftsprodukte, die nicht einmal die Selbstkosten decken. Dafür haben wir hohe Subventionen, welche die Bevölkerung nicht mehr nachvollziehen kann. Ebenso gilt es, das Klima, die Topografie, die Löhne, die Umweltstandards mit ihren vielen Vorschriften sowie den Umweltschutz zugunsten kurzer Transportwege zu beachten.

Die EDU empfiehlt deshalb die Nein-Parole – als bisher einzige Partei der Schweiz. •

PAROLE DER EDU: NEIN

Die Delegiertenversammlung beschloss am 12. August in Olten mit 31:25 Stimmen (12 Enthaltungen) die Nein-Parole zum Gegenvorschlag (Pro-Referat: Alois Huber, Präsident Bauernverband Aargau und Mitglied des Initiativkomitees, SVP AG; Kontra: Lisa Leisi, Präsidentin EDU SG).

Ruhe in Frieden?

Wünsche für Bestattungsriten und Grabfelder, wie auch die Interpretationen des Gebots «der schicklichen Beerdigung» werden immer vielfältiger. Politische Gemeinden stehen laufend vor neuen Fragen. Die EDU-Kreispartei Wil hat das Thema im Juli anlässlich einer lokalen Vernehmlassung vertieft aufgearbeitet.

David Gysel



Wegen des Gebots «der schicklichen Beerdigung» will ein Gemeinderat «für Verstorbene anderer Glaubensgemeinschaften, namentlich solche muslimischen Glaubens, spezielle Grabfelder bezeichnen und abweichende Grabesruhen festlegen können. Eigene Grabfelder und das Thema der ewigen Grabesruhe betreffen tatsächlich Juden und Muslime, aber Bestattungsriten mit besonderen Ansprüchen gibt es auch in anderen Religionen. Deshalb könnte es angesichts der neuzeitlichen Vielfältigkeit der Religionen in der Schweiz willkürlich und vielleicht auch kurzichtig sein, wenn – nur, oder, ausgerechnet – eine dieser Religionen in kommunalen Reglementen Erwähnung findet.

Ein fröhliches Jekami

Manche Gemeinden haben für Moslems Anlagen zur Leichenwaschung mit fliessendem Wasser gebaut. Für Hindus jedoch wäre nach einer rituellen Waschung die öffentliche Verbrennung sowie die Spaltung des Schädels des Leichnams wichtig, «damit die unsterbliche individuelle Seele (Atman) des Verstorbenen entweichen kann» (www.nachlassbegleiter.de). Bald könnten, ist der Website der Stadt St. Gallen zu entnehmen, andere potenzielle Wünsche, wie zum Beispiel «Luftbestattungen (Heissluftballon, Hubschrauber, Weltraum), Verarbeitung von Asche zu Diamanten, Gefriertrocknen (Promession)», aus der Bevölkerung aufkommen. Ein multikulturelles «Jeder kann mitmachen» also.

Sind vor dem Friedhof alle gleich?

Muslimische «Grabfelder» entsprechen übrigens nicht dem eigentlichen Wunsch der Muslime. Islamische Homepages sprechen von eigenen «Friedhöfen» und begründen dies wie folgt: Nicht konsequente Muslime und Andersgläubige werden in den Gräbern bestraft. «Die Verstorbenen, die danebenliegen, hören, was um sie herum passiert. Deshalb ist es sehr zu empfehlen, dass Muslime in einem muslimischen Friedhof beerdigt werden» (www.tauhid.net). Die Grabesruhe eines Moslems soll nicht durch Qualengeräusche anderer gestört werden.

Frauen sollen die Grabesruhe ebenfalls nicht stören: «Der Besuch auf den Gräbern ist den Frauen verboten, auf Grund der vorher erwähnten Worte (Gott verdamme die Frauen, welche die Gräber besuchen...)» (www.islamheute.ch).

Fragwürdige Fragmentierung der Gesellschaft

Solche Aussagen widersprechen nach Ansicht der EDU Kreis Wil der Achtung der Menschenwürde und der Gleichheit, die vordergründig als Ziel der Neuregelungen angeführt werden. Die Individualisierung und Fragmentierung der Gesellschaft – und damit der zerfallende Zusammenhalt – zeigen sich zum Beispiel auch an einem Friedhof für Lesben in Berlin. Wer alle vordergründigen «Freiheiten» und «Rechte» für Tote fordert, fordert sie meist auch für Lebende. Und auf Kosten anderer. •



Um die letzte irdische Ruhestätte wird zuweilen ziemlich unsanft diskutiert. (Bild: Friedhof in Wil SG)



Islamischer Friedhof: Die Gebeine von Muslimen müssen ewig im Grab bleiben können. (Istanbul)

«Mit echter Liebe gegen Missstände aufstehen»

Heutiges Indoor-Cannabis weist einen bis zu 40 Mal höheren THC-Gehalt auf als früher. Trotzdem wird die Forderung nach einer Legalisierung lauter. Wie steht es mit dem medizinisch motivierten Einsatz von Cannabis? Im Gespräch mit dem Drogenfachmann und Therapie-Pionier Paul Stettler.



Zuversichtlich und glaubensvoll: Paul Stettler, Gründer und Leiter der Wohngemeinschaft «El Rafa».

Interview: Thomas Feuz

Paul Stettler, was sagt Ihnen der Begriff «Jugend ohne Drogen»?

1997 kam die Volksinitiative mit diesem Titel zur Abstimmung. Besorgte Bürger setzten sich für eine Wende in der Drogenpolitik ein.

Sie waren massgeblich am Zustandekommen der Volksinitiative beteiligt. Warum?

In einer Lebenskrise sind Jugendliche besonders gefährdet, mit Drogen zu experimentieren. Diese Gefahr ist umso grösser, je leichter Drogen verfügbar sind. Ein entschiedenes Vorgehen gegen den Drogenhandel und auch gegen den Konsum wirkt sich für diese Menschen positiver aus als ein oberflächliches Dulden und Verharmlosen der Drogen. Aus diesem Grund setzten wir uns für die Initiative ein, die zum Ziel hatte, die Verfügbarkeit von Drogen zu reduzieren und die Abhängigen beim Ausstieg zu unterstützen. Leider gelang es dem linken politischen Lager, mit massiver Unterstützung der Medien, die Initianten in die Ecke der verständnislosen Hinterwälder und Sektierer zu drängen.

An der Abstimmung vom 28.9.1997 nahmen 40,83 Prozent der Stimmberechtigten teil; 70,7% von ihnen lehnten die Initiative ab.

Was waren die Gründe dafür?

Die Drogenlobby einerseits, aber auch Medien und linke Kreise vermittelten die Haltung, dass es hartherzig und menschenverachtend sei, entschieden gegen den Drogenkonsum durchzugreifen. Es wurde gezielt Mitleid für die Süchtigen geweckt, während den Befürwortern der Initiative Lieblosigkeit unterstellt wurde.

Ich bin aber überzeugt, dass sich echte Liebe immer gegen das stellen muss, was jemandem Schaden zufügt. Wer erkennt, welcher Schaden durch den Drogenkonsum bei Menschen ange richtet wird, der wird alles daransetzen, diesen Konsum zu verhindern. Leider ist es uns nicht gelungen, den Stimmbürgern diese Einsicht zu vermitteln.

Gut ein Jahr vor der Abstimmung starteten Sie Ihre abstinenzenorientierte Drogenarbeit. Welche Auswirkungen hatte der Abstimmungsausgang für Sie? Wie erging es anderen Institutionen in der Schweiz?

Die Motivation für den Ausstieg aus der Sucht ging deutlich zurück. Statt der Vorbereitung auf einen Entzug entstanden vermehrt eine Passivität und eine Akzeptanz für ein Leben mit der Sucht. Während vorher viele Drogensüchtige

«WIR MÜSSEN DARAUF ACHTEN, WIE ES UNSEREN NÄCHSTEN GEHT. AUFRICHTIGE ZUWENDUNG KÖNNTE DEN GRIFF ZU DROGEN ERSPAREN.»

einsahen, dass sie irgendwann frei werden sollten, brachte vor allem die Einführung der Drogenabgabe eine problematische Alternative. Viele sagten sich: «Wenn es dann gar nicht mehr geht, kann ich ja noch vom Staat Heroin erhalten.» So wurde die Arbeit abstinenzorientierter Einrichtungen untergraben. Bei uns kam sicher dazu, dass viele Suchtberater den christlichen Glauben als Verlagerung der Abhängigkeit betrachteten und deshalb von einer christlichen Therapie abrieten. Diese Entwicklung führte dazu, dass viele – vor allem christliche – Therapiestellen geschlossen wurden.

...und das trotz niedrigen Rückfallquoten!

Leider werden im Suchtbereich die Resultate kaum beachtet. Vielmehr wird Qualität daran gemessen, ob Institutionen professionell geführt werden und die Mitarbeiter über anerkannte Ausbildungen verfügen. Unsere Erfahrung zeigt aber, dass für tiefgreifende Veränderungen die Herzen der Betroffenen erreicht werden müssen. Wir glauben und erleben, dass dies durch Gottes verändernde Liebe geschieht.

Das Abstimmungsresultat motivierte Parlament und Regierung, das sogenannte Vier-säulenprogramm zu entwickeln. Welche Überlegungen liegen diesem zugrunde?

Die Überlegung, dass in den Bereichen Prävention, Therapie, Schadensminderung und Repression gleichermaßen Anstrengungen unternommen werden müssen, ist sicher richtig. Leider wurden aber vor allem die Bereiche Prävention und Schadensminderung von einer ungesunden Akzeptanz des Drogenkonsums geprägt. So wurde zu wenig unternommen, um glaubwürdig auf die Gefahren der Drogen hinzuweisen – und unter dem Deckmantel der Schadensminderung sogar das Konsumverhalten unterstützt.



Sie kritisierten die neue Marschrichtung. Wie lautete Ihre Alternative?

Gefährdete Menschen müssen mit ihren Problemen ernst genommen werden. Echte Zuwendung in schwierigen Lebenssituationen kann helfen, den Einstieg zu verhindern. Ebenso brauchen Menschen, die bereits in eine Abhängigkeit geraten sind, Ermutigung und Unterstützung, um wieder von den zerstörerischen Substanzen wegzukommen. Diese Tätigkeiten müssten unterstützt werden, statt sie mit falschen Signalen zu untergraben.

Nun feierte Ihre Institution «El Rafa» («Gott heilt») das 30-Jahr-Jubiläum. An insgesamt vier Standorten präsentierte sich Ihre breit gefächerte Wohn- und Lebensgemeinschaft. Wie lauten die Grundüberlegungen, wie sieht das Angebot aus?

Der Ansatz ist überall der gleiche: Als christliche Familiengemeinschaft zusammen wohnen und arbeiten, damit Menschen an Leib, Seele und Geist gesunden können und von Gebundenheiten frei werden. In Schwendibach bei Thun besteht das Angebot für Männer mit Suchtproblemen oder psychischen Schwierigkeiten, welche in der Bauschreinerei eine Beschäftigung finden. In Erlenbach im Simmental erhalten Frauen aus schwierigen Lebenssituationen ein Zuhause und eine Beschäftigung in der Brockenstube. Im Chuderhüsi (in Nähe der Gotthelf-Kirche Würzbrunnen, d. Red.) betätigen sich die Bewohner im Ausflugsrestaurant und in Aeschau teilen in insgesamt 14 Wohnungen Einzelpersonen und Familien ihr Zuhause.

Wie wird Ihre Arbeit getragen?

Da wir in erster Linie eine christliche Ausrichtung haben, wurde eine Kostenbeteiligung von Sozialdiensten oft abgelehnt. Dies führte dazu,

PAUL STETTLER

geboren 1956, El.-Ing., verheiratet mit Hanni, 5 Kinder, 9 Enkel. Ab 1987 Aufbau der Drogentherapiestelle El Rafa in Obergoldbach und später in Schwendibach. Kandidierte verschiedentlich für die EDU. Heute tätig als Hauptverantwortlicher für die verschiedenen Arbeitszweige von El Rafa.
www.elrafa.ch

dass wir heute ganz auf staatliche Beiträge verzichten und uns grösstenteils durch die verschiedenen Erwerbszweige finanzieren. Weitere wesentliche Beiträge sind die unentgeltliche Unterstützung von zahlreichen Helfern und Spenden aus unserem Freundeskreis.

Welche Bedeutung hat heute der Bereich Drogen im weitesten Sinn?

In der Öffentlichkeit hat das Thema an Bedeutung verloren, was aber nicht heisst, dass die Probleme wirklich bewältigt werden konnten. Der Konsum findet heute unauffälliger statt und die Sozialhilfe kann die äussere Verwahrlosung der Süchtigen oft verhindern. Die innere Verwahrlosung der Betroffenen besteht jedoch weiterhin und wird oft übersehen.

Wie beurteilen Sie die laufende Debatte um die Legalisierung von Cannabis?

Die Verharmlosung von Cannabis betrachte ich als etwas sehr Gefährliches, weil Jugendliche dadurch viel leichtfertiger mit dem Konsum beginnen. Zudem ist gerade eine der Wirkungen dieser Substanz, dass die Konsumenten gleichgültig werden und negative Veränderungen in ihrem Leben kaum beachten. Bei zahlreichen Konsumenten von Cannabis kommt es zudem zu psychischen Erkrankungen. Der Staat müsste deshalb unbedingt aufzeigen, dass Cannabis unberechenbare und gefährliche Auswirkungen hat.

...und wie betrachten Sie den medizinisch motivierten Einsatz von Hanfprodukten?

Es mag durchaus Bereiche geben, bei denen der Einsatz von Hanfprodukten Schmerzen lindern kann und Entspannung bringt. Leider werden daraus aber falsche Schlüsse für diejenigen gezogen, welche die Substanz konsumieren, um sich damit zu berauschen.

Laissez-faire wie in vielen anderen Bereichen... Hat die Politik versagt?

Die Verantwortung kann nicht nur der Politik zugeschoben werden. Als ganze Gesellschaft müssen wir mehr darauf achten, wie es unseren Nächsten geht. Aufrichtige Zuwendung könnte vielen Jugendlichen den Griff zum Joint ersparen.

Sie haben die Arbeit von «El Rafa» aufgebaut. Wohin entwickelt sich diese, wenn Sie Ihren Ruhestand antreten werden?

Wir sind bestrebt, die Verantwortung für die verschiedenen Standorte und Arbeitszweige schrittweise zu übertragen. Und wir sind dankbar für alle Mitarbeitenden, die sich schon heute mit ganzer Kraft für das Anliegen von El Rafa einsetzen. Mit ihnen soll die Arbeit an jedem Standort möglichst unabhängig geführt werden.

Gleichzeitig nutzen wir aber die Möglichkeiten, um einander gegenseitig mit praktischer Arbeit, mit Rat und im Gebet zu unterstützen. Wir vertrauen darauf, dass der Gott, welcher in den vergangenen 30 Jahren durch viele Schwierigkeiten geholfen hat, auch in Zukunft seine Hand über El Rafa halten wird.

Wie lautet Ihr «Vermächtnis» an Menschen, die sich für eine möglichst drogenfreie Gesellschaft einsetzen?

Wir wollen uns nicht über die Benachteiligung christlicher Drogenarbeit beklagen. Vielmehr wollen wir die vorhandenen Möglichkeiten nutzen, um Menschen in Problemsituationen beizustehen.

Haben Sie ein Lebensmotto?

Gib einen Menschen nie auf!

El Rafa

Drogen, Süchte, Lebenskrisen: Chance für einen Neuanfang!

Die christliche Therapiearbeit El Rafa hat eine bewegte Geschichte. Von Behörden bekämpft, von Kritikern verunglimpft und von Bewohnern bedroht, mehrmals vor dem finanziellen Ruin und in vielen Bereichen der Zeit weit voraus. Während ihrer Arbeit mit problembeladenen Menschen lernten Paul und Hanni Stettler und ihre Mitarbeiter einen Gott kennen, der auch in ausweglosen Situationen eine Lösung bereithält. Das Buch beschreibt das Abenteuer El Rafa aus einer persönlichen Perspektive. Es macht Mut, an einen Gott zu glauben, der eingreift, wenn eine Lösung unmöglich scheint. Und es zeigt einen Gott, der sich besonders verletzten Menschen annimmt und ihnen einen Neuanfang ermöglicht.

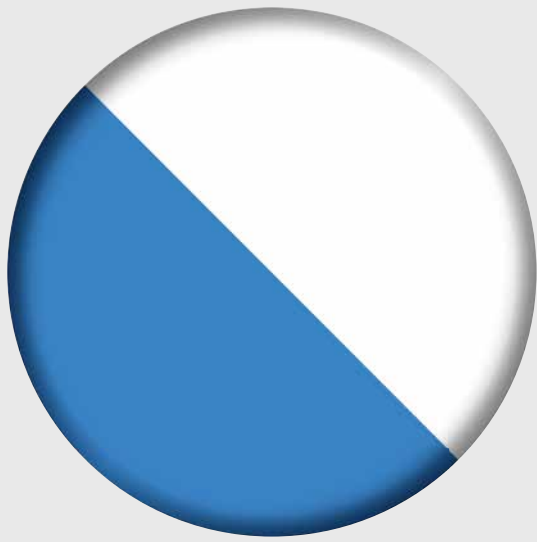
Fazit: die ideale Ergänzung zum Interview – und wertvoll für alle, die an Menschen und ihren Schicksalen interessiert sind.

DAS BUCH

«El Rafa. Drogen, Süchte, Lebenskrisen: Chance für einen Neuanfang!»

Edition Wortschatz, Schwarzenfeld
148 Seiten, ca. CHF 19
ISBN 978-3-943362-29-9
edition-wortschatz.de





KANTON ZÜRICH



Bruno Zürcher
Gemeinderat Wädenswil

«DIE WAHRHEIT WIRD EUCH FREI MACHEN.»

JOHANNES 8,32

Als Christ frage ich mich oft, wie Jesus Christus als unser aller Vorbild in der heutigen Zeit auf den moralischen Lebensstil vieler Menschen reagieren würde. Er handelte revolutionär, ohne sich an damals gängigen Verhaltensmustern zu orientieren. Wir lesen, wie er eine Samaritanerin bat, ihm aus dem Brunnen etwas Wasser zu schöpfen, obwohl es damals für Juden verboten war, mit Samaritanern und ganz besonders mit deren Frauen Kontakt zu haben. Er begegnete ihr freundlich und unvoreingenommen und forderte sie auf: «Geh, ruf deinen Mann und komm hierher!», obwohl er genau wusste, dass sie zurzeit keinen Ehemann hatte. Er gab ihr Gelegenheit, die Wahrheit über ihren Beziehungsstatus zu gestehen. Das war ihre Chance, zum Glauben an Jesus als Messias zu finden, und sie packte sie!

In den heutigen Medien wird hochgejubelt, was schräg und schrill erscheint. Ganz nach Römer 1,32: «Sie kennen zwar die Rechtsordnung Gottes, die sagt, dass, wer es so treibt, den Tod verdient; und doch tun sie es nicht nur, nein sie belächeln auch noch, die es so treiben». Der Beifall übertönt die Schamgefühle, sodass die Menschen keinen Grund sehen, ihr Verhalten zu ändern. Doch das Endresultat wird geistlicher, ewiger Ruin am Tag des Gerichts (2. Thess. 2,12) sein. Wie sollen wir die Sünden erkennen und umkehren, wenn niemand sagt, was Sünde ist?

**Liebe Deinen Nächsten,
also sag ihm die Wahrheit! •**

Für ein leistungsfähiges Verkehrsnetz

Der motorisierte Privatverkehr wird in der Kantonsverfassung nicht ausdrücklich erwähnt. Der ÖV dagegen schon. Diese Ungleichbehandlung soll behoben werden. Damit wird die Grundlage geschaffen, auch dem motorisierten Privatverkehr ein leistungsfähiges Verkehrsnetz zur Verfügung zu stellen.



Michael Welz
Kantonsrat, Oberembrach

Diese Verfassungsänderung beruht auf der Anti-stau-Volksinitiative. Der Grund für diese Volksinitiative waren Spurreduktionen und Leistungsabbau auf Kantonsstrassen mit den entsprechenden Folgen von Stau und mehr Schleichwegverkehr auf Quartierstrassen. Mit dieser Verfassungsänderung dürfen Kantonsstrassen in ihrer Kapazität nur eingeschränkt werden, wenn im umliegenden kantonalen Strassennetz dieser Verkehr mindestens wieder aufgenommen werden kann. Zusätzlich wird der Kanton verpflichtet, für ein leistungsfähiges Strassennetz zu sorgen. Die EDU begrüsst diese Änderung.

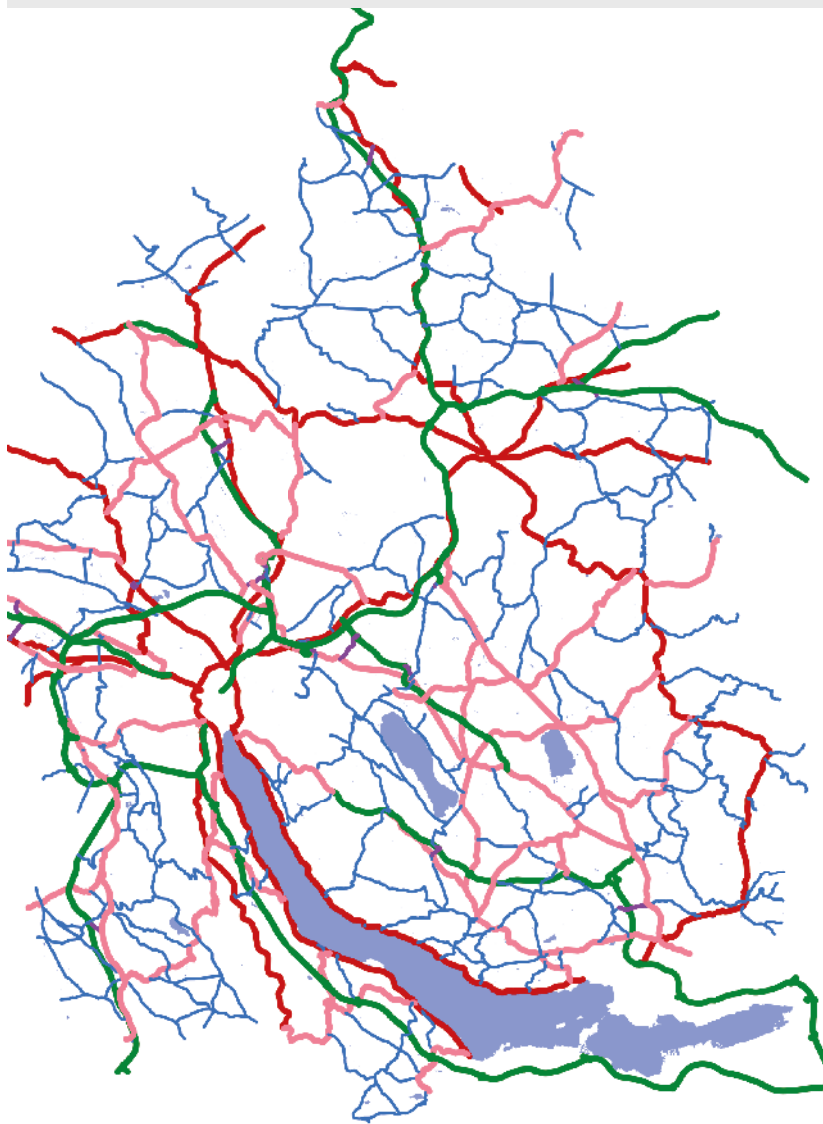
Verkehr verflüssigen

Kantonstrassen sind zum Befahren da, und nicht, um den Verkehr zu behindern. In den letzten Jahren wurden auf Kantonsstrassen vermehrt Lichtsignalanlagen aufgestellt oder Kreisel gebaut, damit die örtlichen Verkehrsteilnehmer besser in die Hauptverkehrsstrasse einmünden können. Die Folge davon ist, dass der Durchgangsverkehr ausgebremst wird. Oftmals gibt es darum kilometerlange Staus, und der Verkehr weicht in die Quartiere aus. Eine der teuersten Einrichtungen, die über 20 Mio. Franken kostet, wird demnächst in Eglisau erstellt. Was heute schon sicher ist: Die negativen Konsequenzen daraus werden die Politik auf Trab halten, und für die Bevölkerung im Rafzerfeld bedeutet dies noch mehr Stau vor Eglisau.

Mehr Leute, mehr Strassen

Mit der steigenden Einwohnerzahl steigt auch das Mobilitätsbedürfnis. Es ist mehr als bedenklich, wenn Strassen geschlossen oder für den motorisierten Privatverkehr stark eingeschränkt werden, als ob die Einwohnerzahl im Kanton Zürich am Sinken wäre. Das Gegenteil ist der Fall. So nahm unsere Bevölkerung letztes Jahr um 18'500 Personen zu. Fast ebenso viele zusätzliche Fahrzeuge wurden neu in Verkehr gesetzt. Darum: Parallel zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs muss auch die Leistungsfähigkeit auf den Strassen gesteigert, und nicht etwa reduziert werden.

Alle Delegierten der EDU stimmen der Verfassungsänderung zu. •



National- und Kantonsstrassennetz des Kantons Zürich
Ja zum Gegenvorschlag zur «Anti-Stauintiative»



Ja zu weniger Pendlerabzug

Der Kanton Zürich benötigt jährlich 120 Mio. Franken für den Ausbau des ÖV. Darum soll der Pendlerabzug beschränkt werden.

Michael Welz

Kantonsrat, Oberembrach

Im Februar 2014 hat unser Kanton mit 63 Prozent für die Finanzierung und den Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) gestimmt. Diese kostet uns jährlich 120 Mio. Franken. Zur Finanzierung der Bahn soll der Arbeitswegkostenabzugs auf 5000 Franken pro Jahr beschränkt werden. Dadurch erhalten Kantone und Gemeinden rund 55 Mio. Franken mehr Steuereinnahmen. Wieviel genau die Gemeinden von ihren Mehreinnahmen für den ÖV abgeben müssen, wird derzeit im Kantonsrat noch diskutiert. Der Regierungsrat wollte ursprünglich einen Höchstabzug von 3000 Franken. Die Mehrheit im Kantonsrat konnte sich dann aber auf einen Kompromiss von 5000 Franken einigen.

Suppe auslöffeln

Heute kennt der Arbeitswegkostenabzug keine Obergrenze. Nachbarkantone haben ein Limit von 6000 bis 7000 Franken, andere wesentlich weniger. Der Kanton Zürich stimmte mit 63 Prozent Ja der FABI-Vorlage zu, im Wissen, dass wir diese Beiträge auch bezahlen müssen. Und nun

heisst es, diese Suppe auszulöffeln. Für die direkten Bundessteuern wurde die Begrenzung des Pendlerabzugs bereits eingeführt.

Brüttener-Tunnel und Stadelhofen

FABI führt aber im Gegenzug dazu, dass anstehend Bauwerke im Kanton Zürich finanziert werden können. Namentlich sind dies zum Beispiel der Brüttener-Tunnel oder der Bahnhof Stadelhofen. Zudem wird auch der Autoverkehr davon profitieren. Denn eine gute Bahninfrastruktur wird auch dazu führen, dass sich ein grosser Teil der Mobilität von der Strasse auf die Schiene verlagert. Damit wird der Strassenverkehr entlastet.

Wer ist betroffen?

Von der Begrenzung des Pendlerabzugs auf 5000 Franken sind Bahnreisende nicht betroffen. Ein Generalabo der SBB kostet beispielsweise 3860 Franken und ist somit abzugsfähig. Pendler hingegen, welche täglich mehr als 30 Kilometer Arbeitsweg mit dem Auto zurücklegen, können nicht mehr ihre ganzen Kosten von den Steuern abziehen.

Die Delegierten der EDU stimmen dieser Vorlage mit 19 Ja gegen 4 Nein zu. Die Nein-Voten wurden damit begründet, dass einmal mehr vor allem die Autofahrer geschröpft würden. •



Damit die Züge auch in Zukunft rollen.

Ja zu fairer Sozialhilfe

Vorläufig aufgenommene Ausländer, deren Asylgesuch abgelehnt wurde, werden von der Sozialhilfe unterstützt. Damit sind sie gleichgestellt mit einheimischen Sozialhilfebezüglern. Das führt zu falschen Anreizen.



Hans Peter Häring

alt Kantonsrat, Wettswil

Personen mit einem negativen Asylentscheid, welche aber nicht weggewiesen werden können, weil eine Ausweisung nicht zumutbar oder nicht möglich ist, erhalten dieselben Hilfeleistungen wie einheimische Sozialhilfebezüglern.

Diese umfassen unter anderem den Grundbedarf, eine eigene Wohnung und alle Krankenkassenprämien. Das ist nicht gerechtfertigt und führte zu einem deutlichen Anstieg der Sozialhilfekosten. Darum sollen vorläufig aufgenommenen Ausländer nur nach den Richtlinien der Asylfürsorge unterstützt werden.

Mit einem Ja vollziehen wir, was im Ausländergesetz des Bundes Art. 86 Abs. 1 vorgesehen ist. Die Unterstützung von vorläufig Aufgenommenen muss unter dem Ansatz liegen, der für die einheimische Bevölkerung gilt. Das Volk hat diesem Gesetz zugestimmt, welches seit 1. Oktober 2016 in Kraft ist.

Alle Delegierten stimmen dieser Vorlage zu. •

Nein zur unfairen Heimfinanzierung



Die EDU will eine faire Lösung im neuen Jugendheimgesetz und keine Übergangslösung im Sinne des bisherigen Unrechts.

Hans Peter Häring
alt Kantonsrat, Wettswil

Jahrelang haben die Gemeinden den Grossteil der Kosten für Heimunterbringung bezahlt, obschon dafür der Kanton zuständig war. Es braucht eine faire Lösung im neuen Kinder- und Jugendheimgesetz.

Muss ein Kind in einem Heim untergebracht werden und können die Eltern für die Kosten nicht aufkommen, übernimmt die zuständige Gemeinde diese Kosten. Der Kanton übernimmt davon rund einen Drittel. Laut Bundesgericht ist das rechtlich nicht zulässig, und der Kanton müsste sämtliche Kosten übernehmen.

Der Regierungsrat hat mit der vorliegenden Gesetzesrevision die Grundlage geschaffen, damit die alte Regelung wieder in Kraft treten kann. Dagegen wehren sich 67 Zürcher Gemeinden mit einem Referendum. Sie werfen dem Kanton vor, das jahrelange Unrecht mit einem Gesetz zum Recht erklären zu wollen.

Für den Kanton entstehen mit dem Gerichtsurteil zusätzliche Kosten für die Heimplatzierungen. Weder die Eltern noch die Gemeinden leisten einen Beitrag daran. Diese Lösung hat für den Kanton nichtbudgetierte Mehrauslage von rund 80 Mio. Franken zur Folge.

Die Delegierten folgen den Argumenten der Gemeindevertreter. Dem Kanton soll Druck gemacht werden, dass im neuen Kinder- und Jugendheimgesetz eine faire Lösung festgeschrieben wird. Denn ginge es nach dem Willen der Regierung, würde mit dem vorliegenden Gesetz die alte ungerechte Lösung bis mindestens 2021 andauern. Darum lehnt die EDU die Gesetzesänderung mit 18 Nein, 1 Ja und 4 Enthaltungen ab. •

MEIN AUFSTELLER



Margrit Brunner
Oberembrach

An Gottes Segen ist alles gelegen



Nach den schönen, warmen Frühlingstagen der Frost! Für viele ein Frust! Besonders für Winzer und Obstbauern, welche ihren Lebensunterhalt hart erarbeiten und auf gute Wetterverhältnisse angewiesen sind.

Auch in unserem Garten sind die Reben erfroren. Und doch haben einige Stöcke neues Leben hervor gebracht; zwar spärlicher als sonst, doch von guter Qualität.

Der schöne Sommer hat vieles gutgemacht. Die Getreideernte ist zur Zufriedenheit der Bauern ausgefallen. Unser Garten beschert uns feines Gemüse.

Ich darf sagen: «An Gottes Segen ist alles gelegen», und das stimmt mich überaus dankbar. Gott richtet auf und heilt, was gebrochen ist. Nicht nur in der Natur, auch in meinem Glaubensleben. Seine Wege sind vollkommen. •



«Am Schluss steht eine kompromissfähige Lösung.»



Im Wetziker Grossen Gemeinderat vertreten Urs Gerber und Roger Cadonau die EDU.



Urs Gerber
Gemeinderat Wetzikon

im Gespräch mit Hans Peter Häring

Lieber Urs, wie bist Du in die Politik gekommen? Wer hat Dich in diesem Sinne geprägt?

Meine Eltern haben mich dahingehend geprägt, dass sie uns drei Kinder ermutigt und herausgefordert haben, uns eine eigene Meinung zu bilden und diese auch zu vertreten. Mein Vater wäre gerne in der Politik aktiv geworden, doch meine Mutter wusste dies erfolgreich zu verhindern. ;-)

Was hat Dich bewogen in die EDU einzutreten??

Die einflussreichste Person dafür war sicher unser EDU-Ortsparteigründer und erster Präsident Peter Linke. Er hat mich durch seine pragmatischen, hartnäckigen, jedoch stets freundlichen Anfragen für die Liste der EDU gewonnen. Meine anfängliche Skepsis, ein «guter Parteisoldat» zu sein zu müssen, hat sich in den letzten drei Jahren verflüchtigt.

Warum ist es aus Deiner Sicht wichtig, dass sich Christen politisch betätigen?

Meiner Meinung nach sollte sich jeder mündige Bürger in irgendeiner Art und Weise in die Gemeinschaft einbringen und so aktiv das Zusammenleben in der Schweiz mitprägen. Als Christen sind wir ja besonders herausgefordert, diese Verantwortung zu tragen. Da ist es nur logisch dies auch in der Politik zu tun.

Was freut Dich in Deiner politischen Karriere? Welche Vorstösse hast Du im Gemeinderat schon eingereicht?

Am meisten freut es mich jeweils, in den Kommissionssitzungen konkrete Lösungen zu finden. Hier wird einerseits sehr klar, manchmal auch hart diskutiert, doch ist der gegenseitige Respekt immer spürbar und am Schluss steht eine kompromissfähige Lösung. Mit Vorstössen bin ich eher zurückhaltend, da die Bearbeitung sehr zeit- und kostenintensiv ist und viele Fragen direkt von der Exekutive beantwortet werden können.

Wie bringst Du Glaubensleben, Familie, Beruf und Politik in Einklang?

Der Einklang ist nicht so mein Problem, jedoch fordern die vielseitigen Herausforderungen ihren Tribut. Bei mir leidet oft der Sport, also mein körperlicher Ausgleich, darunter.

Wie gehst Du mit der Forderung «Ehe für alle» um?

Die Definition von Ehe bedeutet für mich der unzertrennliche Bund zwischen Mann und Frau, der die Beziehung zwischen Christus und der Kirche widerspiegelt. Darum ist «Ehe für alle» ein völliges Unding. Ich kann zwar einer Katze Hund sagen, sie bleibt trotzdem eine Katze. «Ehe für alle» kommt einer Abschaffung der Ehe gleich. Dies heisst, dass wir die wichtigste gesellschaftliche Form des Zusammenlebens schwächen, wenn nicht gar gesellschaftlich zerstören. Dies gilt es klar zu vermeiden. •

Soll die gleichgeschlechtliche Ehe eingeführt werden?



Ja zur Ehe für alle, Ja zu einer fortschrittlichen Schweiz

Die Grünliberalen stehen für eine konsequent liberale Politik. In Wirtschafts- und Gesellschaftsfragen. Deshalb ist die «Ehe für alle» für uns eine Selbstverständlichkeit. Entsprechend haben wir schon im Jahr 2013 die parlamentarische Initiative «Ehe für alle» lanciert.

Menschen heiraten, weil sie ihre Lebensgemeinschaft auf eine dauerhafte Basis stellen wollen. Sie möchten sich

«Der Staat hat sexuelle Präferenzen und individuelle Lebensentwürfe nicht zu werten.»

gegenseitig finanziell absichern oder gegenüber der Gesellschaft ihre Verbundenheit ausdrücken. Einem Teil der Gesellschaft werden diese Rechte nach wie vor verweigert. Ihnen steht mit der eingetragenen Partnerschaft nur eine Ehe zweiter Klasse zur Verfügung. Das ist



Martin Bäumle wohnt in Dübendorf und politisiert im Nationalrat für die GLP.

schlicht nicht mehr zeitgemäss. Der Staat hat sexuelle Präferenzen und individuelle Lebensentwürfe nicht zu werten.

Nachdem die vorberatenden Kommissionen im National- und Ständerat unseren Vorstoss unterstützt haben, ist der Weg nun frei für die Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage. Die Zeit dafür ist reif. Auch für das volle Adoptionsrecht. Ich bin immer wieder überrascht, wie rückständig die Schweiz gesellschaftspolitisch noch ist. Wenn wir weiterhin zuwarten, könnten wir wie beim Frauenstimmrecht auch bei der Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare die Letzten in Europa sein.

Wir sind überzeugt, dass sich die Bevölkerung in einer Volksabstimmung für die Ehe für alle ausspricht. Wer dieselben Möglichkeiten im Leben hat, ist glücklicher und überträgt das auf sein Umfeld, letztlich die ganze Schweiz..



Die Überschrift zu diesem Pro/Kontra offenbart, worum es im Kern beim GLP-Vorstoss «Ehe für alle» im Nationalrat geht.

Die Partei hat sich vor den Karren der Homosexuellen-Lobby spannen lassen, denn diese ist mit dem vor kurzem extra für sie geschaffenen Zivilstand «Registrierte Partnerschaft» nicht zufrieden. Das war absehbar. Die Homo-Paare möchten genau dieselben Rechte und denselben Status haben wie die traditionellen Ehepaare. Dass diese Forderung abzulehnen ist, liegt auf der Hand. Gleichgeschlechtliche Paare

«Gott hat es so eingerichtet, dass Kinder nur aus einer Beziehung zwischen einer Frau und einem Mann entstehen können.»

können zwar Verantwortung für einander übernehmen, und das ist gut so.

Aber Kinder entspringen solchen Beziehungen niemals. Gott, der Schöpfer dieser Welt hat es so eingerichtet, dass Kinder nur aus einer Beziehung zwischen



Erich Vontobel wohnt in Bubikon und politisiert im Kantonsrat für die EDU.

einer Frau und einem Mann entstehen können. Und weil diese Kinder am besten in einem geschützten Umfeld mit ihren biologischen Eltern aufwachsen, hat er der Verbindung zwischen Mann und Frau im Rahmen der Ehe einen besonderen Stellenwert gegeben. Genau das hat auch der Staat getan, als er damals die Ehe als Grundrecht in die Verfassung aufgenommen hat. Auch ihm ging es unter anderem darum, dass Kinder «artgerecht» aufwachsen können, so wie es für sie am besten ist. Denn das ist für uns alle vorteilhaft. Zum Beispiel aus finanzieller Hinsicht, wenn man sich all die Kosten vor Augen führt, die es mit sich bringen kann, wenn Kinder nicht so aufwachsen können oder dürfen, wie es naturgemäss vorgesehen wäre.

Bei all diesen Diskussionen kommt mir oft die Stelle aus der Bibel in den Sinn, wo gesagt wird: «Die sich für Weise hielten, sind zu Narren geworden.»

Erich Vontobel lehnt die «Ehe für alle» im Zürcher Oberländer vom 28. Juni 2017 klar ab.

Lisa und Jan



Hans Egli
Kantonsrat, Parteipräsident

Die EDU-Kantonräte Hans Egli, Maria Rita Marty und Peter Häni beanstanden die Verwendung des umstrittenen Aufklärungsbuches «Lisa und Jan» im Zürcher Schulunterricht.

Das Buch enthält vorwiegend Anleitungen zu sonderbaren Sexualpraktiken, welche auch durch Bilder illustriert werden. Darauf sind die beiden Kindergärtler Lisa und Jan in Aktion zu sehen.

DAS HAT ABSOLUT NICHTS MIT GESUNDER AUFKLÄRUNG ZU TUN.

Unseres Erachtens ist dies sogar schädlich für die kindliche Psyche. Darum wollen wir vom Regierungsrat wissen, ob er nicht auch der Ansicht ist, dass das Buch die Schamgrenze für 4- bis 8-jährig Kinder unnötig aufbricht und dass es pornographische Darstellungen enthält.

Weiter stellen wir die Frage, ob das Buch aus dem Lehrplan gestrichen wurde, und falls nein, weshalb nicht.

Zudem fragen wir, ob der Regierungsrat bereit ist, im Schulunterricht einen Kurswechsel hin zu einer entwicklungssensiblen Sexualpädagogik einzuleiten.

Ergänzend fragen wir, wer die Verantwortung übernimmt für die Bücher über Sexualpädagogik, welche im Unterricht eingesetzt werden.

Evaluieren das Volksschulamt die Bücher selber; tun das Experten der Pädagogischen Hochschule?

Zum Schluss wollen wir vom Regierungsrat wissen, ob es in seinem Sinne ist, dass Aktivisten von GLL Zürich (Gleichgeschlechtliche Liebe Leben) Schulklassen besuchen und den Unterricht gestalten. Und schliesslich fragen wir: Gibt es auch Organisationen mit verantwortungsvollerer Sexualethik als die GLL, die Sexualpädagogik unterrichten?

Welche Organisationen sind das? •

Wehrpflicht für Frauen?



Frauen sind im Militär keine Seltenheit mehr. Braucht es darum eine Wehrpflicht?

Mein Standpunkt



Eine Dienstpflicht würde Frauen, welche sich für Familie und Kinder entscheiden, massiv benachteiligen.

Maria Rita Marty
Kantonsrätin, Volketswil

Ich bin nicht generell gegen eine Dienstpflicht, sondern unterstütze eine effiziente Schweizer Armee und wäre gerne Kampfpilotin geworden. Jedoch muss der Militärdienst für Frauen freiwillig bleiben. Eine Pflicht würde zu einer weiteren massiven Benachteiligung der Frauen führen; insbesondere von Frauen, die sich für Familie und Kinder entscheiden. Aufgrund der familiären Verpflichtungen wäre es diesen Frauen nicht möglich, die Wiederholungskurse zu leisten. Sie wären gezwungen Militärpflichtersatz zu bezahlen. Dieser Betrag wäre eine weitere diskriminierende und unnötige Belastung der Familie. Aufgrund der bisherigen Gesetzgebung, welche extrem familienfeindlich ist, ist nicht zu erwarten, dass in dieser Hinsicht

auf Frauen Rücksicht genommen wird, welche für Kinder und Familie daheim bleiben. Aber auch die Frauen, die sich für die Karriere entscheiden und trotzdem Kinder möchten, würden durch die Dienstpflicht in ihrem Fortkommen zeitlich behindert, weil zur Babypause auch noch die Dienstpflicht hinzukäme. Eine Benachteiligung, die auf keinen Fall Realität werden darf.

Angesichts der drohenden Terrorgefahr könnte meines Erachtens ein freiwilliger Militärdienst von lediglich 3 Wochen eingeführt werden, um Grundkenntnisse und Fertigkeiten der Waffenkunde zu erlangen. Ich bin überzeugt, dass dies bei einem Teil der Frauen grossen Anklang finden würde. •

ANZEIGE

Zürich will ...



erinnern
Aufarbeitung der Vergangenheit,
Holocaustüberlebenden
eine Stimme geben



versöhnen
Förderung
jüdisch-christlicher
Beziehungen



ein Zeichen setzen
Für Israel und
das jüdische Volk,
gegen Antisemitismus



Montag, 11. September 2017 14.00-17.00 Uhr
Start: Kunsthaus (Heimplatz 1, 8001 Zürich)

www.marschdeslebens.ch

Veranstaltungen



GENDER ist das Problem - nicht die Lösung

Vorträge mit Birgit Kelle

MI 30.8. 20.00 Uhr Landgasthof Breiti, Seebnerstr. 21, 8185 Winkel b. Bülach
 DO 31.8. 19.00 Uhr Stiftung zum Glockenhof, Sihlstr. 33, 8021 Zürich

SCHARIA

in der Schweiz

Vorträge mit Kurt Beutler



DI 5.9. 19.30 Uhr Üdiker-Haus, Zürichstr. 61, 8142 Uitikon-Waldegg
 MI 6.9. 20.00 Uhr Kirche Wiesengrund, Etzelstr. 44, 8712 Stäfa
 DO 7.9. 20.00 Uhr Zentrum Grüze, Industriest. 1, 8400 Winterthur
 DI 12.9. 20.00 Uhr Mehrzwecksaal Kreuz, Apothekerstr. 13, 8610 Uster

Wie weiter mit der AHV?

Vortrag mit Markus Wäfler, alt Nationalrat zur Abstimmung vom 24. September
 DO 31.8. 20.00 Uhr Zentrum Schinzenhof, alte Landstr. 24, 8810 Horgen

ANZEIGEN



Gospelkonzert

Samstag 14. Oktober in der Predigerkirche am Zähringerplatz um 18:30 Uhr

UNITED PRAISE 2017 lifting Him higher

In Zusammenarbeit mit SEA Interkulturelles, MEOS sowie Migrationsgemeinden der Region Zürich und Schweizer Gemeinden.
 www.united-praise.ch
 Eintritt frei - Kollekte

Gebetstreffen

Effretikon: jeweils um 20 Uhr
 Mittwoch 6. Sept. und Mittwoch 13. Dez. 2017
 FEG Effretikon (Stoll-Gebäude 2. Stock)
 Industriestrasse 3, 8307 Effretikon
 Info: Peter Häni, 079 388 46 01
 peanha@bluewin.ch

Gossau: jeden Mittwoch, 19.30 Uhr
 (auch andere Abende möglich, ausser Montag)
 Im Zentrum 12, 8625 Gossau ZH
 Info: Sven u. Erika Schelling, 043 928 01 57

Männedorf: jeweils am Mittwoch von 9-10 Uhr in den geraden Kalenderwochen: 6. und 20. Sept. sowie 4. und 18. Okt.
 Luegislandstr. 27, 8708 Männedorf
 Info: Margrit Vetter, 044 920 45 43

Richterswil: jeweils am 2. Freitag des Monats um 20 Uhr: 8. Sept., 13. Okt., 10. Nov., 8. Dez.
 Glärnischstr. 6, 8805 Richterswil
 Info: Sonja Denzler, 044 784 30 23

Rüti: jeweils am 1. Montag des Monats um 20 Uhr: 4. Sept., 2. Okt., 6. Nov., 4. Dez.
 Begegnungszentrum Tann-Rüti (Jugend-Räume), Neuwiesenstr. 5, 8630 Rüti
 Interessiert? Senden sie uns ihre Mail-Adresse an: sekretariat-rueti-duernten@edu-zh.ch
 Info: Albin Müller, 078 773 61 63

Bülach: jeweils am 2. und 4. Montag des Monats um 20 Uhr: 11. und 25. Sept. sowie 9. und 23. Okt.
 Gemeinde für Christus (GfC), UG Schaffhauserstr. 4, 8180 Bülach
 Info: Marianne Wäfler, 044 856 01 93

Zürich: jeweils am 2. Mittwoch des Monats von 18.30-19 Uhr: 13. Sept., 11. Okt.
 Raum der Stille, Cevi-Zentrum Glockenhof Sihlstr. 33, Zürich
 Info: Achim Witzig, 044 322 61 46



Impressum

SEKRETARIAT EDU KANTON ZÜRICH
 Bürglistrasse 31, Postfach 248
 8408 Winterthur
 info@edu-zh.ch, redaktion@edu-zh.ch

SPENDENKONTO
 IBAN: CH35 0900 0000 8003 7173 6

KANTONALE REDAKTION
 Daniel Suter, Saya Oechslin

GESTALTUNG Lukas Frey

FOTOS
 S. 1: © www.hartmut-on-the-road.de
 S. 2: © GIS-Browser (https://maps.zh.ch)
 S. 3: © bahnonline.railimages.ch
 S. 4: © www.publicdomainpictures.net
 S. 7: © noonmag.com

Herzlichen Dank für Ihre Spende

Allgemeine Spenden werden zwischen der EDU Schweiz und der EDU Kanton Zürich aufgeteilt. Ihre projektbezogene Unterstützung erbitten wir auf das Postkonto 80-37173-6. Ihre Spenden an die EDU sind vom steuerbaren Einkommen abzugsberechtigt; Ehepaare können bis Fr. 20'000 abziehen, alle anderen bis Fr. 10'000. Die Spendenbescheinigung für Ihre Steuererklärung erhalten Sie im Februar des Folgejahres. Haben Sie Fragen? Kontaktieren Sie den Kassier der EDU Kanton Zürich, Martin Lobsiger: 044 860 06 33; martin.lobsiger@edu-zh.ch.

Lobbying für Sex – im Klassenzimmer

LGBT-Lobbygruppen (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender) erhalten Zugang zu immer mehr Deutschschweizer Schulklassen. Wollen wir das? Es braucht die Aufdeckung von Grenzüberschreitungen und beherzten Widerstand vor Ort und in der Politik. Nur so kann diese Gehirnwäsche durch die «Sexualpädagogik der Vielfalt» gestoppt werden, bevor sie noch mehr Schaden anrichtet.



Lisa Leisi

Mit «GLL» (Nordwest- und Zentralschweiz, Zürich), «ABQ» (Kanton Bern) und «Comout» (Kantone St. Gallen und Appenzell) boomen gleich drei schwul-lesbische Schulprojekte. Es ist davon auszugehen, dass hinter verschlossenen Schulzimmertüren zwar subtile, aber radikale Gender-Indoktrination betrieben wird. Heterosexualität und Zweigeschlechtlichkeit – also das Natürlichste der Welt – soll als Norm radikal hinterfragt werden.

Indoktrination...

Das Vorgehen der GLL-Aktivistin Laura Eigenmann beispielsweise ist hochgradig schamverletzend. Sie berichtet in der Jugendzeitschrift «Milchbüechli», wie sie Schülerinnen und Schülern ausführlich schildert, wie Lesben Sex haben. Laut Unterrichtsmaterial der «Fachstelle für Aids- und Sexualfragen St. Gallen-Appenzell (AHSGA)», die für das Projekt «Comout» zuständig ist, sollen Schüler ab der 4. Klasse lernen, dass keine Lebensform besser sei als die anderen. Kindern soll auch zugemutet werden, sich in homosexuelle Lebenswelten hineinzusetzen und diese «gut» zu finden. Das verstösst klar gegen das schulische Indoktrinationsverbot. Letztlich gehe es um «gleiches Recht für jede Liebe», zieht etwa Zukunft.ch Bilanz.

...bis zu Gehirnwäsche

Druck auf Schüler, gleichgeschlechtliche Sexualität als wertvoll und gleichwertig mit der Heterosexualität zu akzeptieren, wird auch vom Sexualpädagogen-Dachverband «Sexuelle Gesundheit Schweiz» aufgebaut. Wenn jedoch jede Ausdrucksform menschlicher Sexualität letztlich gleichwertig sein soll, bleibt als gemeinsamer Nenner nur noch die Lust übrig. Diese rückt dann einseitig ins Zentrum der Sexualpädagogik. Eine ganzheitliche Sicht menschlicher Sexualität wird Schülern aus ideologischen Gründen vorenthalten: Aspekte wie eine stabile Beziehung, Treue oder Fruchtbarkeit werden zu nebensächlichen Optionen erklärt.

Wenn bereits jegliches «Unbehagen gegenüber der Homosexualität» als Diskriminierung gilt und die vollständige Akzeptanz des homosexuellen Lebensstils zum Massstab schulischer Toleranz-Erziehung gemacht wird, ist das Gehirnwäsche.

Es ist höchste Zeit, dass kantonale Bildungsdirektoren, Kantonsparlamentarier, Schulleiter, Klassenlehrpersonen, letztlich wir alle diesen Missständen ein Ende setzen. •

Treff punkt

MARIA RITA MARTY

(54), Kantonsrätin EDU Kt. Zürich, Mitglied der Justizkommission; verheiratet, 3 erwachsene Kinder; lic. iur., Juristin in einem Rechtsanwaltsbüro in Zürich; Gutenswil (Volketswil).



TOPS

- ich bin gesegnet mit meiner Familie
- dass ich in einem wunderschönen Land leben darf
- ich darf das machen, was meinen Talenten entspricht, und kann diese einsetzen
- 2. Timotheus 1,7

FLOPS

- die Verblendung in dieser Welt: das Gute wird als böse erachtet und das Böse als gut (Lebensschützer werden als gefährliche Fundamentalisten, Abtreibungsbefürworter als friedliebende Personen dargestellt)
- eine mehrheitlich antichristlich eingestellte Medienlandschaft, die anderen Meinungen keine Plattform gibt
- der mangelnde Mut, für christliche Werte hinauszutreten

klipp & klar

David Gysel/Thomas Feuz



Nationaler Gebetstag

Rund 5500 Teilnehmende machten sich am 1. August in Aarau zu einem Bekenntnismarsch auf – eine rund 1 km lange Menschenschlange. «Generationen und Nationen kamen zusammen», zog Hans-Peter Lang vom Gebetsnetz Bilanz. Den meisten Medien war der eindrückliche Anlass (trotzdem) keine Meldung wert. www.gebetstag.ch

Uni Luzern: Lehrstuhl für Islamische Theologie

Die Jordanierin Rama Alsoofi wird ab 1. September Assistenzprofessorin für Islamische Theologie an der Universität Luzern. In dieser Funktion arbeitet sie am Aufbau des «Zentrums für Komparative Theologie» mit – «einen in der Schweiz noch nicht praktizierten Ansatz», wie die Uni festhält. Alsoofi (1982) studierte in ihrer Heimat Jordanien und in Schottland Islamisches Recht und Religionswissenschaft. Die komparative Theologie arbeitet «zu zentralen Themen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der beteiligten Religionen» heraus.

«Ehe für alle.» Oder: Politsatire in 3 Schritten

1. Die traditionelle Ehe (von Heteros) schlechtreden; 2. das Konkubinat und alternative Lebensformen etablieren; 3. die Ehe wieder einführen – diesmal «für alle»... Und alles nach dem Motto «gleiche Rechte für jede Liebe».

Beten beruhigt das Immunsystem

So das Ergebnis einer Studie von Prof. Marino Bruce (Vanderbilt University, Nashville). 5500 Erwachsene von 50 bis 70 wurden anhand von zehn biologischen Stress-Markern untersucht. Fazit: Nicht-Gläubige sind doppelt so häufig gefährdet, früher zu sterben als religiöse Menschen. Jedoch: «Übertriebene religiöse Hingabe» könne sich gegenteilig auswirken.

Zum Eidg. Dank-, Buss- und Betttag

«Man beruft sich in der Öffentlichkeit nicht auf Gott, zehrt aber vielfach von den besten Elementen des christlichen Erbes. Da haben wir Grund zu danken.» (aus dem Bettagsmandat 2015 der Regierung des Kantons Graubünden)

Street Parade und Evangelium

«God's Love never ends»: Während auf den 25 Lovemobiles die Bässe wummerten, entrollten Aktivisten von «Fingerprint» am Grossmünster Zürich ein fünf Meter langes Plakat. Die Aktion war nicht bewilligt; sie hätte aber mit den Kirchenverantwortlichen friedlich geklärt werden können, erklärte ein Aktivist. Fingerprint sehe es als Verantwortung, suchende Menschen auf Jesus hinzuweisen, «der wahren Frieden und Liebe gibt.»



Gold-PC aus St. Gallen

Sie sind resistent gegen Staub, Sand und Hitze. Und bestehen aus purem Gold – auf Wunsch mit Schweizerkreuz und Einschaltknopf aus Diamanten. Die 7 kg schweren PC der Prime Computer AG sind ein Renner im arabischen Raum. Und limitiert auf 10 Stk. (Kosten: 1 Mio. \$).

KLIPP & KLAR IST EIN ANGEBOT DER EDU SCHWEIZ. WÖCHENTLICH AUF WWW.EDU-SCHWEIZ.CH/AKTUELLES ODER PER APP (IPHONE).

Zürich will ...

-  **erinnern**
Aufarbeitung der Vergangenheit, Holocaustüberlebenden eine Stimme geben
-  **versöhnen**
Förderung jüdisch-christlicher Beziehungen
-  **ein Zeichen setzen**
Für Israel und das jüdische Volk, gegen Antisemitismus



Marsch des Lebens für Israel
Zürich

Montag, 11. September 2017 14.00-17.00 Uhr
Start: Kunsthaus (Helimplatz 1, 8001 Zürich)

www.marschdeslebens.ch



Mit einem bewussteren Umgang mit unseren Ressourcen könnte der Tisch für alle gedeckt werden.

Umweltschutz – bitte auch bei Essensresten!

Gerade in den reichen Ländern fehlt es am Bewusstsein, dass alle für das Funktionieren des Ökosystems unseres Planeten mitverantwortlich sind. Wir haben die Pflicht, mit den vorhandenen Ressourcen sparsam umzugehen. Das verlangt in vielerlei Hinsicht auch persönliche Selbstbeschränkung.

Arthur Gasser



Verantwortungsbewusstes Handeln betrifft auch den Umgang mit Nahrungsmitteln. Zum Nachdenken sollte uns zum Beispiel das «Foodwasting» bringen, also die Vernichtung von guten Lebensmitteln. Betroffen davon sind rund ein Drittel aller in der Schweiz produzierten Lebensmittel – 300 Kilo pro Person und Jahr.

Ein unheilvoller Kreislauf

Hochgerechnet ergibt das insgesamt zweieinhalb Milliarden Kilo an Nahrungsmitteln, die ihre Zweckbestimmung nicht erreichen, nämlich die Bevölkerung zu ernähren. Diese Lebensmittel gehen auf vielerlei Arten verloren, von der Produktion bis zum Verkauf, etwa infolge Schäden durch nicht sachgemässe Produktionsmethoden, infolge falscher Lagerung oder Ausbleiben des Verkaufs innerhalb der durch die Produktdatierung gesetzten Verkaufsfrist. Sind die Nahrungsmittel dann bei den Konsumenten angekommen, geht auch hier wieder ein beträchtlicher Teil verloren. Das Brot wird hart, Salatblätter werden lahm, die Fäulnis nagt an Früchten und Gemüse, die übrig gebliebenen Nudeln sind nicht mehr «anmächlich»: Diese und weitere Nahrungsmittel werden meist schnell entsorgt. Landen die entsorgten Produk-

te im «Grüngut», kann damit zumindest Biogas erzeugt werden. Leider werden aus Bequemlichkeit viele Lebensmittel einfach mit dem Hauskehricht entsorgt.

Alle könnten satt werden

Es ist klar, dass wir das Problem der Verschleuderung von Nahrungsmitteln nicht so leicht in den Griff bekommen werden. Doch nur schon eine deutliche Verringerung des «Foodwasting» ist erstrebenswert. Dies auch im Hinblick darauf, dass ein grosser Teil der Weltbevölkerung, etwa eine Milliarde Menschen, unter Hunger leidet. Die hohen Lebensmittelverluste haben weitreichende Auswirkungen auf Mensch und Natur. Es hätte weltweit für alle genug. Abschliessend zwei Fragen, die zum Nachdenken anregen: Haben Sie gewusst, dass die Produktion von Lebensmitteln 30 Prozent aller Umweltbelastungen verursacht? Ist Ihnen bewusst, dass das Fleisch von gegen 30 Prozent der Nutztiere zu guter Letzt weggeworfen werden muss? Diese Tiere sind somit eigentlich «unnötig» aufgezogen und geschlachtet worden.

Die gute Nachricht ob all dieser Fakten: Für ein Umdenken ist es nie zu spät. •

Energiestrategie 2050: Möglichkeiten clever nutzen

Die Energiestrategie 2050 ist ein umfassendes Gesetzeswerk. Trotzdem haben Hauseigentümer die Entscheidungsfreiheit, welche Strategie sie favorisieren wollen. Eine gute Möglichkeit: Sonnenkraft – für die Erzeugung von Wärme, nicht primär von Strom.

Martin Lex



Zum Betreiben von Elektrogeräten und der Beleuchtung braucht es elektrischen Strom. Um Wärme zu erzeugen, braucht es deutlich mehr Energie; sie bleibt Hauptursache des Energieverbrauchs. Zum Einsatz kommen Öl, Gas, Strom, Holz, Pellets oder Sonnenwärme. Ab September bis April wird geheizt. Je nach Wärmebedarf fallen in den kältesten Monaten bis zu 30 Prozent des gesamten Jahresverbrauchs an. Die Warmwassererzeugung erfolgt üblicherweise mit elektrischem Strom. Der gesamte Endenergiebedarf der Welt wird zu 86,7 Prozent mittels Erdöl, Gas und Kohle gedeckt.

Viermal mehr für Wärme als Strom

Zurück zum Wohnhaus: Der Bedarf an Wärme gegenüber Strom als Betriebsmittel beträgt 4:1. D. h. ein üblicher Haushalt benötigt viermal mehr Wärme (Vergleich in kWh) zum Heizen als Strom! Warum drehen sich eigentlich alle Diskussionen nur um Fotovoltaik-Strom...? Der Einbau von Wärmepumpen zur Wärmeerzeugung im Wohnhaus und auch Anlagen zur Gewinnung von Wärme mittels Solarpanels er-



Alle sprechen von Solarstrom. Warum nicht Sonnenkraft für die Erzeugung von Wärme nutzen?

halten Subventionen. Leider bleibt der Anteil der neu erstellten Anlagen zur Wärmeerzeugung bei schwachen 10 Prozent der gesamthaft gebauten Anlagen.

Warmwasser – mit Köpfchen

Auf dem Dach oder an der Südfassade werden Kollektoren oder Panels montiert, welche die Sonnenwärme einfangen. Zirkulierendes Wasser im Zwischenraum einer Aluminiumkonstruktion wird auf max. 95°C erwärmt, zum Speicher geführt und zum Gebrauch als Warmwasser oder /und zum Heizen genutzt.

So erzeugte Wärmeenergie kommt vollumfänglich der Liegenschaft zugute. Sie ist zu 100 Prozent auf die Bedürfnisse der Bewohner ausgerichtet. Eine solche Anlage erhöht den Wert eines Hauses, weil sie den Energiebedarf deutlich vermindern hilft; zudem braucht sie wenig Wartung und funktioniert nachhaltig.

Die Möglichkeit, warmes Wasser zum Duschen und Baden so zu erzeugen, liegt auf der Hand. Solche Einrichtungen sind in südlichen Ländern sehr häufig anzutreffen: Kollektoren mit kleinen Warmwasserbehältern auf dem Dach fangen die benötigte Wärme ein. Eine weitere Möglichkeit ist die Erzeugung von Wärme zur Heizungsunterstützung einer üblichen Anlage.

Der ganz natürliche Weg

Ab Ende Oktober bis Anfang Februar ist die Wirkung der Solaranlage (auch Fotovoltaik), bedingt durch minimale Sonneneinstrahlung, stark eingeschränkt. Eine Sonnenenergieanlage, kombiniert mit Öl- oder Gasheizung wird max. 40 Prozent des gesamten Wärmebedarfs (Heizung, Warmwasser) decken. Zu erwähnen ist, dass der Boiler fürs Warmwasser entfällt (Einsparung: etwa 3000 kWh pro Wohneinheit). Die Krönung dieser Technik erlaubt es, im Acht-Wohneinheiten-Haus Sonnenwärme in den Speicher einzubringen, die 100% der benötigten Wärme für ein ganzes Jahr abdeckt! Das heisst, heizen und duschen wird allein durch die Sonnenkraft ermöglicht.

Das ist doch das, wovon unsere Gesellschaft träumt: Sonnenkraft nutzen und so Wärme erzeugen, ganz natürlich! •

Zionisten und Lebensrechtler sind nicht erwünscht

Als Beitrag der Schweizer Juden zum 120-jährigen Jubiläum des ersten Zionistenkongresses war er geplant – nun wird die behördliche Genehmigung verweigert. Der Hinweis, dass besser das «125-Jährige» zu feiern wäre, ist fadenscheinig. Auch der «Marsch fürs Läbe» zeigt: Es geht um mehr.



Thomas Feuz

«Die Gedenkfeier zum Zionistenkongress hätte gigantisch werden sollen», meldete die «Weltwoche» Mitte Juli. Sogar ein Besuch des US-Präsidenten Donald Trump war denkbar. Bereits einen Monat vorher, am 16. Juni, hielt der Basler Regierungsrat fest: «Wichtige Fragen (...) konnten nicht geklärt werden. Die Zeit reicht nun nicht mehr, um die notwendigen Massnahmen (...) zu ergreifen.»

Damit geht der Gemeinderat Basel auf Distanz zum Zionismus. Erst dieser führte zur Staatsgründung Israels, was der gesamten arabischen Welt ein Ärgernis ist. Will man der Gefahr islamistischer Vergeltungsschläge vorbeugen? Auf (vordergründig nicht wahrnehmbaren) Druck einer Minderheit wird die Meinungs- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt.

Das gleiche Phänomen begegnet uns im Kanton Obwalden: Die Gemeinden Sachseln und Kerns verweigern dem «Marsch fürs Läbe» die Bewilligung für die Benutzung des öffentlichen Grundes und Bodens – trotz Mietverträgen für Kirche und Openair-Gelände! Die Behörden befürchten Störungen durch externe Gruppierungen und den Aufwand für das nötige Polizeiaufgebot. Paris, Nizza oder Barcelona machen klar: Terroristen, Linksautonome und Chaoten kümmern sich einen Deut um Bewilligungen. Ihre Taktik: ein Überraschungsmoment schaffen, Verunsicherung, Gewalt, Provokation. Regierungen sollten sich dadurch nicht in die Knie zwingen lassen. Und erst recht nicht die demokratischen Grundrechte einschränken. Diese müssen auch für die (schweigende) Mehrheit gelten. •

Tiefpunkt Meinungen unterdrücken?

Leute mit sogenannt politisch korrekten Meinungen unterdrücken unbequeme Positionen. Das darf in einer Demokratie nicht sein.



Lisa Leisi

Deutschland hat ein Problem. Doch Klartext zur aktuellen Lage der Situation ist kurz vor den Bundestagswahlen vom 24. September nicht gefragt. Man will verhindern, dass die «Alternative für Deutschland» (AfD) mit ihren radikalen Positionen künftig im Bundestag vertreten sein wird. Bereits haben über 1700 Personen, darunter viele Professoren, die sogenannte Bremer Erklärung unterschrieben. Für sie ist klar: «Die alten und die neuen Rechten sind Teil des Problems und nicht der Lösung. Wir werden uns an der Verbreitung ihrer Parolen nicht beteiligen. Wo wir sind, bekommen sie kein Forum – weder auf der Strasse, noch in unseren Vereinen, in unseren (Hoch-)Schulen und Betrieben, Läden und Kneipen, an unseren Treffpunkten oder im Parlament.» Nein, die AfD soll hier in keiner Weise verteidigt

werden. Verteidigt soll alleine die Meinungsfreiheit werden. Es darf nicht sein, dass zunehmend missliebige Konkurrenz und Meinungsmacher ausgeschlossen werden von allgemeinen Bürgerrechten, welche zu einer demokratischen Gesellschaft gehören. Aktuell betrifft es die AfD, auch schon waren es Juden, bald wohl Christen... In München kam es vor kurzem sogar zur Schliessung eines Restaurants. Der politisch uninteressierte sizilianische Betreiber sah nicht ein, dass er anständige Pegida-Fans («Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes») nicht hätte bewirten sollen. In zwei Schreiben an alle Gastwirte der Stadt hiess es dazu: München sei bunt, deshalb dürfe es für «Braun» keinen Platz geben. Bei allem Respekt: ein Fall für die Antirassismustrafnorm? •

Das Säbelrasseln hält an

Der nordkoreanische Diktator provoziert immer dreister. Er droht mit einem Angriff auf das US-Territorium Guam im Pazifik. US-Präsident Donald Trump seinerseits kündigte an, die Bedrohung allenfalls überraschend niederzuschlagen. Was folgt auf den hart geführten verbalen Schlagabtausch?

Hans Moser



In den vergangenen Monaten drängten die USA auf Verhandlungen mit der nordkoreanischen Führung. Zudem wurden China und Russland für eine gemeinsame Strategie umworben. Kim Jong-un seinerseits behauptet, die Amerikaner wollten Nordkorea vernichten. Seine Bevölkerung hat keinen Zugang zu internationalen Information und muss jeder Behauptung des Regimes Glauben schenken.

Ein Poker um Macht?

Die Herrschaft Kims bleibt ein ungelöstes Problem. China und Russland machten zwar im UNO-Sicherheitsrat nicht von ihrem Vetorecht Gebrauch; trotzdem ist nicht ganz klar, welche Absichten die beiden Mächte mit Nordkorea haben.

Kürzlich hat die chinesische Staatszeitung überraschend mitgeteilt, dass sich die Volksrepublik bei einem die USA bedrohenden Angriff neutral verhalten werde. Im Fall eines amerikanischen Angriffs auf Nordkorea würde China jedoch die nordkoreanische Regierung und das Volk schützen.

«ATOMWAFFEN SIND DIE LEBENSVERSICHERUNG DES NORDKOREANISCHEN REGIMES. WENN MAN ÜBER ATOMWAFFEN VERFÜGT, IST DIE WAHRSCHEINLICHKEIT GERING, DASS MAN ANGEGRIFFEN WIRD.»

Oliver Thränert, Leiter Thinktank am Zentrum für Sicherheitsstudien der ETH Zürich, im TT/BO vom 11.8.2017

Es ist verständlich, dass China seine Interessen verteidigt, stellt Nordkorea doch einen gewissen Puffer gegen die US-Streitkräfte in Südkorea dar. US-Verteidigungsminister James Mattis spricht von einer echten Bedrohung; ein Krieg könnte katastrophale Folgen nach sich ziehen.

Trump soll's richten...

Experten gehen davon aus, dass nordkoreanische Raketen inzwischen bis zu 10 000 Kilometer entfernte Ziele in Nordamerika, Australien, Asien und Europa treffen können. Nebst der Interkontinentalrakete Unha-3, mit der 2016 ein Satellit ins All geschossen wurde, sind offenbar weitere Typen in Entwicklung – während die Bevölkerung von (westlicher) Hilfe abhängig bleibt und im Winter Tausende verhungern. Politisch gesehen, sind die Aussichten sehr trüb. Unrecht nimmt überhand. Man hat zugehört, wie in Nordkorea aufgerüstet wurde und wollte das Problem nicht wahrnehmen. Und jetzt? Plötzlich schaut die Weltöffentlichkeit nach Amerika. Die sollen den Kopf hinhalten und hinstehen... Wenn nicht Gott dieser Entwicklung ein Ende setzt, wird wohl bald der grenzenlose Fanatismus obsiegen. •

Talon

ABONNEMENT

Ich abonniere den Standpunkt für CHF 30.- (11 Nummern).

PROBENUMMERN

Senden Sie mir / der folgenden Person Standpunkt-Probennummern:

Name / Vorname

Strasse

PLZ / Ort

E-Mail

Datum

Bemerkungen

Talon einsenden an: **EDU-Standpunkt, Postfach 43, 3602 Thun**

Festa Federale di Ringraziamento

Milco Margaroli,
Responsabile della Fondazione DEMIAP.CH,
co-fondatore di UDF Ticino



La Svizzera è un paese di opportunità, basta saperle cogliere.

Anche la Festa Federale di Ringraziamento è un'opportunità da cogliere da parte dei credenti della Svizzera, per pregare per i nostri governanti, secondo

1 Timoteo cap. 2 ver. 1-2:

«1 Esorto dunque, prima di ogni altra cosa, che si facciano suppliche, preghiere, intercessioni, ringraziamenti per tutti gli uomini, 2 per i re e per tutti quelli che sono costituiti in autorità, affinché possiamo condurre una vita tranquilla e quieta in tutta pietà e dignità.»

È da cogliere perché è come una ciliegia matura, pronta per essere assaporata. Non dobbiamo creare l'albero di ciliegie, ma dobbiamo solo stendere la mano e prendere ciò che già c'è.

La Festa Federale di Ringraziamento è già lì. Dal 1832 è matura tutti gli anni, la terza domenica di settembre in tutta la Svizzera. Non dobbiamo convincere nessuno o chiedere permessi statali per celebrare questo giorno di preghiera, anzi, è lo Stato stesso che ce la fa trovare pronta tutti gli anni. E noi cosa facciamo in merito?

I cristiani Svizzeri hanno bisogno di cogliere questa opportunità affinché non faccia la fine di Natale e Pasqua, che ogni anno perdono sempre più la profondità del loro significato, per essere viepiù sostituiti da aspetti mondani, per non dire blasfemi.

Come fare allora per non lasciar sprofondare nel nulla la Festa Federale di Ringraziamento?

Organizzare eventi che trasmettano l'importanza e il privilegio di pregare per i nostri Politici, affinché siano guidati dalla saggezza divina. In questo ambito si può essere creativi: un tempo di preghiera in chiesa dove invitare il sindaco del villaggio, un tempo di preghiera fuori o dentro al Municipio, una festa popolare dove prendere un momento per pregare per le autorità, ecc.

Partecipare ad eventi organizzati o prendere iniziative personali come per esempio: prendere un tempo di preghiera in famiglia, benedire personalmente i politici o utilizzare i mezzi elettronici a nostra disposizione, per trasmetter loro un ringraziamento, un apprezzamento e una benedizione. Per esperienza vi dico che sarete favorevolmente sorpresi di quante risposte di riconoscenza riceverete.

È vero che i tempi cambiano e la società pure. Una volta ciò che non si utilizzava veniva messo in solaio perché non si sa mai. Adesso invece ciò che non si usa lo si butta via e si compera qualcosa di nuovo. Se non vogliamo che, assieme a valori e tradizioni «made in Switzerland», venga buttata via anche la Festa Federale di Ringraziamento e sostituita da una nuova Halloween, allora sta a noi di cogliere l'opportunità di «utilizzarla» a piene mani. •

«Unterstützen und ermutigen»

Wie kamen Sie zur EDU?

«Warum gab es so viele gottlose Könige in Israel? Warum nimmt die Ungerechtigkeit immer mehr zu, sodass der Gerechte immer mehr verdrängt wird? Warum übervorteilen Grosse die Kleinen und ziehen Perverse die Naiven ins Verderben? Diese und weitere Fragen bewegten mich schon als Kind. Später breitete ich meinen Unmut vor Gott aus, um dafür zu beten. Die Wahlplakate motivierten mich zur Unter-

Benjamin Hecker (30), verheiratet; Gärtner-Baumschulist, im Industriellen Holzbau tätig; wohnhaft in Seon AG

stützung und Ermutigung. Ich entschloss mich, Mitglied der EDU zu werden. Politik ist ein von Gott gegebenes Werkzeug, um in der Gesellschaft positiven Einfluss zu nehmen. Diese Verantwortung nehmen wir in der EDU wahr, um die Dunkelheit zu verdrängen. Dadurch kann ein dem Evangelium freundlicher Nährboden geschaffen werden, der den Weg zur Busse und Umkehr bereitet.

«Deshalb ergreift die Waffenrüstung Gottes, damit ihr an dem bösen Tag Widerstand leisten und alles überwinden und das Feld behalten könnt» (Epheser 6,13). Mit diesen Gedanken ermutige ich alle, die Widerstand leisten und konstruktiv mitarbeiten, «um das Feld behalten zu können»!»

Service



Marktplatz

VERKAUFEN

Altershalber möchten wir unser Heimwesen im Flachland des Kantons Zürich einem Nachfolger weitergeben. Es sind **18 ha eigenes Land und etwas Pachtland, geeignet für Tiere und Ackerbau**. Bei Interesse melden Sie sich bitte unter Chiffre 170932.

Grosszügiges Haus im Mittel-land (SO/BE), idyllisch, zentral und ruhig gelegen. Auch geeignet mit Kleintieren, da keine Hauptstrasse, in EFH-Quartier. Konkrete Interessenten (mit Eigenkapital CHF > 100 000) richten bitte ihre Anfrage an die E-Mail: home_cew@livenet.ch

VERMIETEN

1.5-Zi.-Appartement im Tessin, ideal für 2 Erwachsene mit 2 Kindern. Sonnige Lage von Sementina, im Grünen, mit Pool. Kosten: CHF 65.-/N., CHF 150.-/WE, CHF 390.-/W., Festvermietung CHF 500.-/M. + NK. Kontakt: 079 393 28 51, 079 356 10 22, chnobli@bluewin.ch

Herbstferien am Luganersee, Brusino Arsizio. Komf. 3.5-Zi.-Whg. für 6 Pers. CHF 730.-/W., ruhig, kinderfreundlich, Seesicht. K: 033 251 12 66, www.casamulino.ch

3.5-Zi.-Whg. CHF 1190.-, beim Bahnhof Oberdiessbach, Option: + unausgebautes 2. OG (total 6.5 Zi.-Whg.). Studio/Atelier CHF 780.-, Freizeitraum 35 m² CHF 390.-. Alle exkl. NK. K: casa helvetica 079 656 10 46, 033 222 22 80

2-Zi.-FeWo am Thunersee. Klein aber fein, ideal 1-2 Pers. Top Ausflüge, wandern, baden, biken usw. ÖV in 2 Min. PP vor dem Haus. CHF 60.-/N. exkl. Taxen. Endreinigung CHF 70.-. K: 078 666 36 51

VERSCHENKEN

Dringend gesucht: Zeugen für Jesu nach Apostelgeschichte 1,8! Muslime verteilen seit Monaten in Bern und andern Orten den Koran und sprechen Passanten an auf Jesus. Wohlverstanden: Auf «ihren Jesus» im Koran! Helfen Sie mit u. verteilen Sie das Traktat «Jesus Christus: Sohn des lebendigen Gottes?». Gratis erhältlich beim Literatur-Dienst, Postfach 21, 3113 Rubigen, 079 613 20 02, literatur-dienst@bluewin.ch

VERSCHIEDENES

Englisch lernen (ab 18 J.) mit motivierten, gläubigen Lehrern in Cambridge UK. Auskunft u. Prosp.: 033 251 12 66, jcr.dubouloz@bluewin.ch

www.predigten4you.ch – Predigten für Ihr geistliches Wachstum!

Die EDU lädt ein

Baden: jeden 1. Montag im Monat, 19.30 h, Fam. Eipe, Kreuzweg 17: EDU-Gebet K: 056 222 53 79

Biel: jeden 1. Donnerstag im Monat, 19 h, Fam. Wüthrich, Weidstrasse 15: EDU-Gebet K: 032 365 42 53

Heiden: jeden 1. Dienstag im Monat, 14.30 h, Pfingstgemeinde, Asylstrasse 26: EDU-Gebet. K: 077 520 48 73

Männedorf: jeweils mittwochs in den geraden Kalenderwochen, 9 – 10 h, Luegislandstrasse 27: EDU-Gebet. K: 044 920 45 43

Zürich: jeweils am 2. Mittwoch im Monat, 18.30 – 19 h, Glockenhof, Raum der Stille, Sihlstrasse 33: EDU-Gebet. K: 044 322 61 46

31.8. St. Gallen: 19.30 h, Café Gschwend, Goliathgasse 7 (bei Marktplatz): EDU-Infoabend zu Abstimmungsvorlagen. K: 071 420 92 64

1.9. Thun: 20 h, Burgsaal: Vortrag von Prof. Vishal Mangalwadi: «Hat der Westen seine Seele verloren?»

9.9. Schwanden: 9.30 h, Im Tschachen 2: Betriebsführung Schätti AG Metallwarenfabrik. K: 055 640 59 60

11./25.9. Bülach: 20 h, Gemeinde für Christus, Schaffhauserstrasse 4: Gebet der EDU Zürcher Unterland. K: 044 865 20 32, 044 856 01 93

17.9. Herisau: 17 h, Pfingstgemeinde, Rosenaustrasse 1, EDU-Gebet. K: 071 351 67 39

18.9. Glarus: 20 h, Restaurant Stadthof, Kirchweg 2: Öffentlicher Vortrag mit Lisa Leisi: «Gender – der Mensch neu programmiert?». K: 055 640 59 60

29.9. Eiken: 19.30 h, Gasthaus «Zum weissen Rössli», Hauptstrasse 65: Vortrag «Gender

Mainstreaming – Geht es dabei um Gleichstellung von Mann und Frau oder was?», mit Ralph Toscan. Veranstaltung der EDU Bezirk Laufenburg und Zukunft CH.

4.11. Wattwil: 10.30 h, Restaurant Thurpark, Volkshausstrasse 23: Öffentlicher Vortrag mit Regula Lehmann (Leiterin Familienprojekte Zukunft CH): Bindung macht schlau – Ein Plädoyer für die innerfamiliäre Kinderbetreuung. K: 071 420 92 64

6.11. Flawil: 19.30 h, Restaurant Park, Bachstrasse 19: Öffentlicher Vortrag mit Pierre Herter: «Schabab» – Werdegang und Bedeutung des Ruhetages auch für uns Nicht-Juden. K: 071 420 92 64

10/2017 Der nächste «EDU-Standpunkt» wird am 25. September 2017 versandt (Redaktionsschluss: 8. September 2017, Druck: 21. September 2017)

Christliche Anlässe

Jugend mit einer Mission 2.9. 9–16 h, Wiler, Hauptstr. 15: Seminar «Der Verlorene Erfolgsfaktor», mit Vishal Mangalwadi K: 032 391 70 36 www.sbcw.ch/de/vishal

Mission am Nil Benefizkonzert. Christliche Volksmusik mit Lorenz und Andrea Schwarz. Konzertbeginn: 19.30 h **8.9.** Bern, Eglise Réformée, Zeughausgasse 8 **9.9.** Zürich, Grossmünster **10.9.** St. Gallen, Kirche Linsenhühl, Flurhofstrasse 1 www.mn-international.org

Credo Schloss Unspunnen 9.–16.9. Wanderwoche leichte Touren **10.–16.9.** Foto – Freizeit **14.–21.10.** Single-Urlaubswoche K: 033 822 32 06, www.credo.ch

Marsch des Lebens für Israel 11.9. 14–17 h, Kunsthaus Zürich, Heimplatz 1: «Erinnern, versöhnen, ein Zeichen setzen». Kontakt: www.marschdeslebens.ch

Gemeinde für Christus 12.–18.9. Biblische Hermeneutik, mit Urs Stingelin Anm.: Bibelschule Wydibühl, Wydibühlstrasse 22, 3671 Herbligen, 031 770 71 36, bibelschule.gfc.ch **16.–17.9.** Bülach: Bettagskonferenz «Sola gratia – Allein die Gnade» bettagskonferenz.gfc.ch

18.–22.9. Tage der Gemeinschaft Anm.: Seminar- und Freizeithaus Wydibühl, Wydibühlstrasse 24, 3671 Herbligen, 031 770 71 71, freizeithaus.gfc.ch

Mut zur Gemeinde 15.–17.9. CVJM-Zentrum Hasliberg: Ehe-WE K: 044 921 63 25, 034 423 11 87, www.mut-zur-gemeinde.ch

Ländli Oberägeri 16.–17.9. Seminar «Erlebnis Glutenfrei» **22.–24.9.** Seminar «Hochsensibilität – die verkannte Gabe» **29.9.–1.10.** Seminar «Dankbarkeit macht das Leben leichter» K: 041 754 91 11, www.zentrum-laendli.ch

Seminar für biblische Theologie Beatenberg 17.–22.9. Seminar für aktive Senioren: Eine Woche mit den Studierenden verbringen **28.–29.9.** Weiterbildung: DISG **29.9.–1.10.** Regionalkonferenz der Studiengemeinschaft Wort + Wissen. K: 033 841 80 00, www.gaestehaus.ch

FEG Uznach 23.9. 9–16.30 h, Seminarcenter Treffpunkt, Etzelstrasse 5, Uznach: Bibelstudientag «Römerbrief – das Evangelium Gottes»

Israelwerke.ch/gebet.ch 30.9. 9–12 h, Arche Winterthur: Tageskonferenz «Miteinander sich vom Antisemitismus lossagen» 14 h, Besammlung im Hof der Kyburg: Gedenkmarsch für die Judenmorde. 17.30 h, Stadtkirche Winterthur: Gottesdienst «Es war nicht recht, was den Juden angetan wurde»

United Praise mit MEOS und SEA 14.10. 18.30 h, Predigerkirche Zähringerplatz Zürich: Gospelkonzert mit christlich-afrikanischen Migrationsgemeinden der Region Zürich. Eintritt frei, Kollekte. K: united-praise@hispeed.ch

Licht im Osten Streiflichter mit Partnern aus der Ukraine und Rumänien. **22.–29.10.** Bilder. Berichte. Begegnungen. 7 regionale Vortragstreffen. Orte u. Zeiten auf der Website. K: 052 245 00 50, www.lio.ch

Jahresabonnement CHF 30.–/25 € (inkl. 2,5 % MwSt)

033 222 36 37 marktplatz@edu-schweiz.ch

Impressum

HERAUSGEBER / REDAKTION
 EDU-Standpunkt
 Postfach 43
 3602 Thun

**ADMINISTRATION
 UND ADRESSMUTATIONEN**
 033 222 36 37
 mutationen@edu-schweiz.ch

**REDAKTION UND
 «MARKTPLATZ»-INSERATE**
 033 222 37 07
 redaktion@edu-schweiz.ch
 marktplatz@edu-schweiz.ch

ANZEIGENVERKAUF
 (Inserate, ohne «Marktplatz»)
 031 818 01 26
 inserate@edu-schweiz.ch

ABONNEMENT
 CHF 30.- / 25 € (inkl. 2,5 % MWST)

REDAKTION
 Thomas Feuz (Leitung)
 Lisa Leisi
 Arthur Gasser
 Roland Haldimann
 Martin Lex
 Hans Moser
 Markus Reichenbach
 Daniel Suter

Schreibende geben ihre
 persönliche Ansicht wieder.

KONZEPT / GESTALTUNG
 Basel West
 Unternehmenskommunikation AG
 Frédéric Giger

LAYOUT
 Harold Salzmann

DRUCK UND SPEDITION
 Jordi AG, Belp

FOTOS
 Titelseite: Harold Salzmann
 2, 7 u. rechts, 14: pixabay.com
 5, 8, 9: Harold Salzmann
 6: iStock.com
 7 u. links: wikimedia.org/Dietrich Michael
 Weidmann – Eigenes Werk, CC BY-SA
 12 oben: (c) by www.ao-com.ch
 2, 3, 4, 11, 12, 15, 16, 17: zvg
 13, 19: shutterstock.com

Erscheint monatlich
 11 Ausgaben (Doppelnummer 7/8)

Auflage 24000 Exemplare

Postcheck 30-23430-4
 IBAN CH 35 0900 0000 3002 3430 4
 www.edu-schweiz.ch



... auf Wunsch des Kunden/der Kundin auch in Gelb zu haben!

Montagsmaschine

Ruedi Ritschard

Eine Tasse Kaffee, gut geröstet, frisch gemahlen – was für ein Hochgenuss, was für ein gelungener Start in den Tag! Wissen Sie, was noch besser schmeckt als eine Tasse Kaffee? Zwei Tassen Kaffee!

Wieder einmal reisst mich das Geplärre meines Weckers aus den schönsten Träumen. Nur der Gedanke an den schwarzen Muntermacher bewahrt den lautstarken Quälgeist vor der totalen Zerstörung. Mit einem Lächeln verlasse ich meine Wohlfühloase und gehe zielstrebig in die Küche. Hier steht sie, meine Schöne. Blitzblank geputzt, knallgelb, ein Wunderwerk menschlichen Erfindungsgeistes. Ein Knopfdruck, schon blinkt fröhlich ein Lämpchen. Doch dann: ein Knattern und Rattern, Rauchen und Stinken. Hilfe! Stecker raus, Flucht nach hinten. Erst ein halbes Jahr im Einsatz und schon überarbeitet...

Meine gute Fee im Hause gibt nicht so schnell auf. Rasch liest sie die Betriebsanleitung durch. Unter «Fehlerquellen» ist dieser Fall nicht beschrieben. Was nun? «Oh wiischt, jetze nämewer das blöödlochtig Maschindi afen es Mal usenandere», verkündet meine Mechanikerin in ihrem Adelbodendialekt und greift zum Schraubenzieher. Ich halte den Atem an...

Da liegt nun das Innere der Kaffeemaschine vor uns. Was für ein Anblick, geheimnisvoll, Respekt erheischend! Und schon verkündet meine Holde: «Der frisch gemahlene Kaffee hat das Fach für schon gemahlene Kaffee von unten her gefüllt. Dieses verwenden wir aber nie, weil wir Kaffeebohnen einfüllen, die das Mahlwerk zermalmt. Der frisch gemahlene Kaffee sollte eigentlich nicht ins Fach für schon gemahlene Kaffee eindringen, weil der alles verstopft.» ...? Maschine reinigen, zusammenschrauben – läuft und produziert den besten Kaffee der Welt. Lang lebe die Gelbe! Ein Hoch auf meine Handwerkerin!

Ich erzählte diese Geschichte einem Kaffeemaschinenprofi. «Eine typische Montagsmaschine», erklärte er. «Sie wurde von einem Monteur zusammengebaut, der am Montagmorgen mit einem Suurnibel zur Arbeit ging und nicht bei der Sache war. So treten Fehler auf, die es gar nicht gibt.»

Ja, der Montag. «Wenn doch der Montag nicht wäre!», seufzen viele. Abgekämpft vom Wochenende, nehmen sie am Montag freudlos die Arbeit wieder auf. – Liebe Leute, Gott hat uns einen Ruhetag geschenkt! Der Sonntag ist kein Stresstag; ruht euch aus, tankt neue Kraft, geht am Montag wieder fröhlich zur Arbeit!

So, und jetzt genieße ich einen Espresso. Frisch gemahlen.

Fachhändler für Naturbettwaren

Massivholzbetten in über 60 Designs
fanello-Lattenrost und Naturlatexmatratze
 Schurwollduvets, Kissen und Betauflagen

Kommen Sie vorbei und lassen Sie sich beraten!



Spycher-Handwerk **Schaukarderei**
 Huttwil - Naturfaserkleider
 - Jurtenübernachtung
 - Betriebsführungen
www.kamele.ch **062 962 11 52**

PROSPERITA

Die christlich-ethische
Pensionskasse

www.prosperita.ch



edelline

Gruppenreisen, Themenreisen,
Rundreisen

edelline ag
 Bernstrasse 23, 3280 Murten
 026 672 33 88 | www.edelline.ch

TAGES-KONFERENZ
 30. SEPT. 2017
 IN WINTERTHUR

- Lossage vom Antisemitismus
- Gedenkmarsch für die Judenmorde zur Pestzeit

israelwerke.ch / gebet.ch

baumann elektro

jung, dynamisch und motiviert

baumannelektro.ch | 031 721 62 27

SPITALSCHIFFE FÜR DIE ÄRMSTEN

Sie können helfen!
www.mercyships.ch

Berner Oberland

Wir suchen per 1. November 2017 oder nach Übereinkunft
 eine/n fachlich und persönlich überzeugende/n

Küchenchef/in 100%

Die Stellenausschreibung finden Sie unter
www.gaestehaus.ch/Stellen

sbt Seminar für biblische Theologie
 verständlich – praxisnah – wirkungsvoll

www.gaestehaus.ch

Die Sonne liefert Gratis-Wärme

Beratung – Projektierung – Projektleitung von Solaranlagen

REVOBAU – Martin Lex

Postfach, 5742 Kölliken
 062 723 64 28 | 077 422 68 30

www.revobau.ch
revobau@bluewin.ch



**HINE ADON
 HOTEL
 APARTHOTEL**
HINEADON.COM

Die korrektesten Bibeln, die es gibt

In Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch und Italienisch. Und die Prophetie der Endzeit genau aufgelistet. Eine hochwichtige und hochwertige CD, die jedermann haben sollte. Bei Überweisung von CHF 20.– wird Ihnen die CD zugestellt. Compact Discs Service, Postfach 7, CH 8212 Neuhausen (Inserat aufbewahren)



Danke-Prämie bei Bestellung eines Jahres-Abos

Ja, ich möchte eine Danke-Prämie
 und bestelle ein Jahres-Abo mit 48 Ausgaben ideaSpektrum
 für Fr. 149.–. Ich wähle folgenden Gutschein aus:

Ja, senden Sie mir einen **Büchergutschein** für Fr. 50.–,
 den ich in allen Brunnen Bibelpanorama und beim
 Fontis-Verlag einlösen kann.



oder

Ja, senden Sie mir einen **Reisegutschein** für Fr. 100.–,
 den ich bei edelline beliebig einlösen kann.



oder

Ja, senden Sie mir einen **Feriengutschein** für
 Fr. 100.–, einlösbar in einem beliebigen VCH-Hotel
 in der Schweiz.



Einsenden an:
 Jordi AG, Magazin ideaSpektrum, Aemmenmattstrasse 22, 3123 Belp.
 Oder Telefon 031 818 01 20. oder www.ideaschweiz.ch/abos

Meine Adresse

Frau Herr

Vorname _____
 Name _____
 Strasse/Nr. _____
 PLZ Ort _____
 e-Mail _____
 Telefon _____ Datum _____

Unterschrift _____

E. + W. BERTSCHI AG
 Ihr Fachwissen
 steht Ihnen
 zur Verfügung

5728 Gontenschwil 062-773 12 40
Spenglerei · Sanitär · Heizungen

Für mehr Lebensqualität.

RS Hilfsmittel Heimberg
www.rs-hilfsmittel.ch